



Rathaus Umschau

Dienstag, 15. November 2016

Ausgabe 217

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Terminhinweise | 2 |
| Bürgerangelegenheiten | 4 |
| Meldungen | 5 |
| › Oberbürgermeister Dieter Reiter – Rede zum Haushalt 2017 | 5 |
| › Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz: Münchens Haushalt 2017 | 10 |
| › Personal- und Organisationsreferent Dr. Alexander Dietrich: Münchens Personalhaushalt 2017 | 30 |
| › Zwei neue Mitglieder für den Münchner Stadtrat | 43 |
| › Oswald Utz als Behindertenbeauftragter wiedergewählt | 43 |
| › Klaus Doldinger erhält Kulturellen Ehrenpreis der Landeshauptstadt | 43 |
| › Tukan-Preis für „Was glaubt ihr denn. Urban Prayers“ | 45 |
| › München startet vorweihnachtliche Werbeoffensive | 46 |
| › Rad- und Gehweg in der Grünanlage „Hofanger“ wird beleuchtet | 47 |
| › Einweihung Ella-Lingens-Platz in Obergiesing | 47 |
| › Pasinger Stadtpark: Führung zur aktuellen Gehölzpflege | 48 |
| › Ehrungen im Bereich der Münchner Volkskultur | 49 |
| › Fachtag „Wohnen in München – auch mit Behinderung“ | 50 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | 52 |
| Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat | |
| Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften | |



Terminhinweise

Wiederholung

Mittwoch, 16. November, 9.30 Uhr, Rathaus, Ratstrinkstube

Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Beschlussvorlagen zu Medizinischer Versorgung im Alter und den Mitwirkungsmöglichkeiten der Städtischen Beiräte, das Referat „Wird jetzt alles besser?“ zum Pflegestärkungsgesetz sowie verschiedene Anträge.

Wiederholung

**Mittwoch, 16. November, 12 Uhr,
MVG Museum München, Ständlerstraße 20**

Zur Eröffnung der Messe SCHULBAU 2016 spricht Marion Seyferth, Leiterin des Geschäftsbereichs Allgemeinbildende Schulen im Referat für Bildung und Sport, in Vertretung der Stadtschulrätin Grußworte.

Ab 13 Uhr diskutieren auf dem Podium Detlev Langer, Hauptabteilungsleiter Hochbau im Baureferat, Johannes Talhof von Hess/Talhof/Kusmierz Architekten und Stadtplaner, Karlheinz Beer, Erster Vorsitzender des Landesverbandes des Bunds Deutscher Architekten in München, und Dr. Thomas Harlfinger von MRICS Associate Partner und Geschäftsführer der Drees & Sommer GmbH München.

Das Referat für Bildung und Sport ist Kooperationspartner der zweitägigen Messe, die zum zweiten Mal in München Antworten auf Fragen rund um das Thema Schulbau gibt. Geboten ist ein umfangreiches Vortragsprogramm mit Workshops und rund 70 Ausstellern. Weitere Informationen sowie das komplette Messeprogramm für den 16. und 17. November sind im Internet unter www.schulbau-messe.de abrufbar.

Wiederholung

Mittwoch, 16. November, 15 Uhr, Café Sparda, Arnulfstraße 15

Sozialreferentin Dorothee Schiwy nimmt einen Scheck der Sparda-Bank München eG, vertreten durch die Direktorin Unternehmenskommunikation, Christine Miedl, entgegen. Der Gewinnspareverein der Sparda-Bank unterstützt den Münchner Familienpass jährlich mit 75.000 Euro. Im Anschluss präsentiert der Münchner Familienpass in Kooperation mit der Sparda-Bank eine Märchenerzählung für Kinder (schulfreier Buß- und Betttag) und Erwachsene mit den Schauspielern Johanna Bittenbinder, Heinz-Josef Braun und Stephan Murr.



Freitag, 18. November, 11 Uhr, Burgunderstraße 1

Stadtrat Thomas Ranft (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) gratuliert dem Münchner Bürger Erwin Kaufmann im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 18. November, 15.30 Uhr, Rathaus, Ratstrinkstube

Bürgermeisterin Christine Strobl begrüßt 40 Bürgerinnen und Bürger, die sich in München in herausragender Weise unter anderem im Kinder- und Jugendbereich bürgerschaftlich engagieren. Außerdem werden Soziale Selbsthilfegruppen und Ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer aus dem Bereich der Alten- und Service-Zentren (ASZ) ausgezeichnet. Stadtrat Christian Müller (SPD-Fraktion) überreicht den Bürgerinnen und Bürgern in Vertretung des Oberbürgermeisters die Urkunde „München dankt!“

Freitag, 18. November, 16 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich der Delegiertenversammlung des Münchner Lehrerinnen- und Lehrerverbands, die unter dem Motto „Alles in Bewegung“ steht.

**Freitag, 18. November, 19 Uhr,
Alter Rathaussaal, Eingang im Durchgang zum Tal**

Städtischer Festakt mit Ehrungen im Bereich der Münchner Volkskultur durch Bürgermeister Josef Schmid und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers. Mit der „Ehrenmedaille für Verdienste um die Volkskultur in München“ wird in diesem Jahr der Volkssänger und Kabarettist Jürgen Kirner für sein Engagement in der Fortführung, Wiederbelebung und zeitgemäßen Interpretation der musikalischen Form des Couplets und die damit verbundene lebendige Weitergabe der Volkssängertradition geehrt. Der „Innovationspreis Volkskultur“ wird der Musikerin Monika Drasch für ihr Projekt im Rahmen des Festivals LAUTyodeln verliehen, in welchem sie niederbayerische Ari'n in der Verknüpfung mit anderen Musikgenres in neuem Klanggewand präsentierte. Ferner erhalten circa 20 Münchner Volkskulturgruppen, die in diesem Jahr ein rundes Jubiläum feiern, eine Urkunde als Dank und Anerkennung für ihren geleisteten Beitrag zur Münchner Volkskultur.
(Siehe auch unter Meldungen)



Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 22. November, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“,
Münchner Zimmer, Am Platzl 9 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

**Dienstag, 22. November, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus“, Thalkirchner Straße 76 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt – Isarvorstadt).

**Dienstag, 22. November, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 22. November, 19.30 Uhr,
Sitzungssaal im Sozialbürgerhaus, Meindlstraße 16 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling – Westpark). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Günter Keller statt.

**Dienstag, 22. November, 19.30 Uhr,
Seidvilla, Nikolaiplatz 1 b (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann).

**Dienstag, 22. November, 19 Uhr, Turnhalle der Georg-Büchner-Real-
schule, Droste-Hülshoff-Straße 5 (rollstuhlgerecht)**

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 25 (Laim). Die Versammlungsleiterin Stadträtin Dr. Evelyne Menges, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele.

Meldungen

Oberbürgermeister Dieter Reiter – Rede zum Haushalt 2017

(15.11.2016) Die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Dieter Reiter in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats zur Einbringung des städtischen Haushalts 2017 hat folgenden Wortlaut:

„Der Haushalt, den uns der Kämmerer heute vorlegt, ist kurz gesagt ein guter Plan. Lassen Sie uns also alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir das tun, was alle vernünftigen Menschen mit guten Plänen tun: Sie auch beachten!

Auch dieses Jahr enthält der Haushalt Rekordzahlen in jederlei Hinsicht, ich kann hier direkt mit der Aufzählung des letzten Jahres beginnen – man muss das Rad ja nicht immer neu erfinden...

- Wieder einmal Rekordeinnahmen, nicht nur bei der Gewerbesteuer,
- wieder einmal ein solider Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit,
- wieder einmal eine Investitionssumme, die bundesweit ihresgleichen sucht und
- wieder einmal eine ordentliche Schuldentilgung und damit
- wieder einmal, oder immer noch, die seit Jahrzehnten niedrigste pro-Kopf-Verschuldung, schließlich
- wieder einmal keine Neuverschuldung.

Wer jetzt gehofft hat, ich bin fertig, den muss ich enttäuschen, **denn so einfach und leicht, wie es sich anhört, ist es leider nicht**. Eine längere Party können wir trotz der guten Daten nicht feiern.

Es zeigt sich: die Zeiten, in denen wir ohne eine Neuverschuldung auskommen konnten, sind **nach den vorliegenden Zahlen** bald vorbei.

Irgendwie habe ich das letztes Jahr schon geahnt und meine Haushaltsrede unter den Titel „Erst die Pflicht, dann die Kür“ gestellt.

Ich habe ja bereits letztes Jahr gemahnt – nein, dafür bin ich nicht der Typ – ich bitte eher. Also: Ich habe Sie alle gebeten, genau hinzusehen und Prioritäten bei den Investitionen, aber auch bei den konsumtiven Ausgaben zu setzen.

Das ist uns allen miteinander aber leider nur zum kleinen Teil gelungen, trotz vieler Sitzungen im interfraktionellen Arbeitskreis.

Was wir uns anfangs alle genau(er) angesehen haben, das waren die von den Referaten angemeldeten Stellenbedarfe. Da haben wir das eine oder andere korrigiert. Dennoch hat der Stadtrat für das Jahr 2016 knapp **1.900** zusätzliche Stellen beschlossen...

...und darüber hinaus auch gleich für das Jahr 2017 noch einmal knapp **1.000** dazu.

Unterm Strich haben wir also (doch) die meisten Stellenforderungen der Referate beschlossen, wenn auch mit einer teilweisen zeitlichen Verschiebung.

Was uns aber gar nicht gelungen ist:

die Vermeidung **unterjähriger Haushaltsausweitungen**.

Ausschuss für Ausschuss und Vollversammlung für Vollversammlung haben wir den städtischen Haushalt in Abweichung vom beschlossenen Haushaltsplan um Millionen ausgeweitet. Und dies meist wider besseres Wissen – es ist ja nicht so, dass der Kämmerer nicht zu jeder einzelnen finanzrelevanten Beschlussvorlage Stellung nehmen würde. Nur, was hilft es, wenn seine mahnenden Worte überhört werden?

Das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, muss ein Ende haben – wir laufen sonst Gefahr, uns für die kommenden Jahre und Jahrzehnte die Luft abzuschnüren und die wichtigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt zu gefährden.

Ich habe daher Anfang November allen Referentinnen und Referenten mitgeteilt, dass ich Beschlussvorlagen mit unterjährigen Haushaltsausweitungen nicht mehr auf die Tagesordnung setzen werde, wenn nicht die **Unplanbarkeit** beziehungsweise die **Unvorhersehbarkeit** der Mittelausweitung **plausibel** begründet wird.

Das ist keine schöne Maßnahme, aber notwendig, um uns finanzielle Spielräume zu erhalten.

Dass wir in den letzten Jahren so hervorragend gewirtschaftet haben und trotz gewaltiger Investitionstätigkeit Schulden abgebaut haben, verschafft uns heute für die Zukunft eben diese Spielräume, wieder Darlehen aufzunehmen, um die **Infrastruktur** auszubauen, die **Wirtschaft** anzukurbeln und die vielen **kulturellen** und **sozialen Leistungen** zu erhalten.

Sie haben die Zahlen vor sich liegen: Ohne neue Schulden wird es nicht gehen! Daran ändert auch ein Parteiprogramm nichts.

Wir werden Darlehen in Millionen-, ja vielleicht in Milliardenhöhe aufnehmen müssen, um auch nur einen Teil der geplanten oder besser: gewünschten Projekte verwirklichen zu können.

Es zeigt sich heute einmal mehr: Der Haushalt ist kein Wunschkonzert, sondern ein Plan, an den es sich zu halten gilt!

Ich darf mich an folgender Stelle ausnahmsweise einmal selbst zitieren (das scheint man sich als Oberbürgermeister irgendwann anzugewöhnen). Letztes Jahr führte ich aus:

„Wir müssen **Prioritäten** setzen und uns ehrlich fragen, welche Investitionen tatsächlich nötig sind. Diese Frage müssen wir **ohne parteipolitische Brille** stellen und offen diskutieren, gegebenenfalls befragen wir auch die Münchnerinnen und Münchner.“



Dieser Diskussionsprozess beginnt sehr schleppend, aber natürlich ist es schwierig, sich zu entscheiden, worauf man verzichten will beziehungsweise muss, und das dann auch noch den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären!

Da wird es auch noch die eine oder andere Reiberei geben müssen. Vor allem, wenn man bedenkt, in wie vielen Bereichen uns die Hände gebunden sind, denn es gibt einfach Dinge, die wir tun **müssen beziehungsweise dringender tun müssen als andere**. Dem entsprechend kleiner werden die finanziellen Spielräume bei den anderen Projekten.

Betrachten wir nur den **Wohnungsbau**: Auf der Tagesordnung der heutigen Vollversammlung steht das **größte kommunale Wohnungsbauprogramm** bundesweit. Wir werden die Zielzahlen erhöhen und mit dem Programm „**Wohnen für Alle**“ Maßstäbe setzen; ich bin sicher, dass wir hier viele Nachahmer finden werden.

Erst vor ein paar Wochen war das Richtfest des ersten Wohnungsbauprojekts im Rahmen des Programms „Wohnen für Alle“ – und ich muss sagen, ich bin sehr beeindruckt.

Ende letzten Jahres wurde die Idee geboren, und genau ein Jahr später ziehen die ersten Menschen dort ein.

Das ist bahnbrechend und beispielgebend. Ich weiß, dass diese Projekte vor allem vor Ort auf viel Skepsis und anfängliche Widerstände stoßen. Ich bin aber überzeugt, dass wir es mit der **richtigen Kommunikation** schaffen werden, den Großteil der benachbarten Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Sicher, alle können wir nie überzeugen, aber das wichtigste ist, zu versuchen, alle Beteiligten zu hören und auf deren Belange einzugehen. Das haben wir auch schon häufig praktiziert und es erhöht im Einzelfall die Akzeptanz deutlich.

Der **Wohnungsbau** bleibt die Herausforderung Nummer 1 der nächsten Jahre, da haben wir also gar keine Wahl.

Wir haben auch keine Wahl, was die Investitionen in unsere **Betreuungs- und Bildungseinrichtungen** betrifft: Die **Schulbauoffensive** muss fortgesetzt werden.

Diese zwei genannten Schwerpunkte allein bedeuten schon Investitionen in Milliardenhöhe und führen zwangsläufig zu einer Neuverschuldung.

Da ist noch kein **Tunnel** gebaut, kein **Theater** eröffnet, keine **Großmarkthalle** eingeweiht, kein **Olympiastadion** oder **Gasteig** saniert, kein einziger Kilometer **Trambahnstrecke** eröffnet, keine **U-Bahn** erweitert oder gar eine **S-Bahn** im Nordosten Münchens **untertunnelt**.

Diese Aufzählung ließe sich mit Leichtigkeit fortsetzen.

Rechnet man alle gewünschten großen Vorhaben zusammen, dann kommt man leicht auf einen zweistelligen Milliardenbetrag, den wir – da muss man kein Rechenkünstler sein – in diesem kurzen Zeitraum auf keinen Fall aus eigener Kraft finanzieren können.

Wir werden nicht umhin kommen, das eine oder andere sein zu lassen.

Zusammenfassend halte ich fest:

1. Unsere finanziellen Spielräume sind endlich, eine Neuverschuldung ist unausweichlich.
2. Unterjährige Haushaltsausweitungen wird es im bisherigen Ausmaß nicht mehr geben können.
3. Wohnungsbau, Ausbau der Bildungseinrichtungen und Erhalt der sozialen Infrastruktur sowie Investitionen in die Sicherheit sind nicht disponibel, binden aber den größten Teil der finanziellen Mittel.
4. Wir müssen die verkehrliche Infrastruktur ausbauen, aber es wird nicht alles zeitnah finanzierbar sein!
5. Daher müssen wir (endlich) Prioritäten setzen und auch auf Projekte verzichten beziehungsweise sie deutlich hinausschieben oder vom Standard her abspecken.

Das ist eine Aufgabe, vor der wir in den nächsten Jahren alle stehen, und der Schwierigkeitsgrad der Aufgabe ist unmittelbar verknüpft mit der Einnahmesituation der Stadt.

Und bei all dem müssen wir auch die nachfolgenden Generationen im Blick haben.

Denn ich will, dass München auch in Zukunft eine **Stadt für Alle** bleibt, in der sich die Menschen dann noch genauso wohl fühlen wie sie es aktuell tun.

Wie hoch die Zufriedenheit der Münchnerinnen und Münchner aktuell ist, zeigen die Ergebnisse der aktuellen Schwerpunkt-Befragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage in München.

Sage und schreibe **96 Prozent** der Befragten fühlen sich eher wohl (35 Prozent) bis sehr wohl (61 Prozent) in München. **96 Prozent!** Das, meine Damen und Herren, ist ein unglaublich positives Ergebnis.

84 Prozent der Befragten geben weiter an, mit ihrem vorhandenen Einkommen eher gut (52 Prozent) bis sehr gut (32 Prozent) zurecht zu kommen.

86 Prozent sind mit ihrer Wohnungssituation eher (37 Prozent) bis sehr (49 Prozent) zufrieden.

Dieses Ergebnis ist eine Bestätigung der Politik der vergangenen Jahrzehnte und der Gegenwart. Und in diese Richtung soll es weitergehen, daher lassen Sie uns gemeinsam an der Entwicklung unserer Stadt arbeiten, wie wir es bislang schon getan haben und tun.

Diese Zufriedenheitswerte sind natürlich auch auf die hervorragende Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zurückzuführen.



Ich danke Ihnen allen ausdrücklich für Ihr herausragendes Engagement im vergangenen Jahr, in dem wir gemeinsam so vielen Herausforderungen gegenüber standen und zu bewältigen hatten.

Ich danke auch allen ehrenamtlich tätigen Münchnerinnen und Münchnern, die – oft unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung – in so vielen Bereichen unserer Stadt außergewöhnlichen Einsatz bringen und ihren Teil dazu beitragen, dass die Stimmung in dieser Stadt so positiv, weltoffen und tolerant ist.

Und ich danke dem Münchner Stadtrat für die vielen leidenschaftlich geführten Debatten und weitreichenden Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt.

Uns allen eine glückliche, ja besser noch, eine sparsame Hand im kommenden Haushaltsjahr und lassen Sie uns möglichst gemeinsam um die besten Lösungen zum Wohl der Münchnerinnen und Münchner ringen.“

Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz: Münchens Haushalt 2017

(15.11.2016) Die Haushaltsrede von Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats zu Münchens Haushalt 2017 hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
in Erinnerung an Leonard Cohen erlaube ich mir einige seiner Songtitel zu verwenden.

Das Versprechen in seinem Lied ‚If it be your will‘ werde ich allerdings nicht befolgen. Dort heißt es:

*If it be your will
that I speak no more
and my voice be still
as it was before
I will speak no more.*

Nach der Rede des Oberbürgermeisters („Master Song“), von der ich jedes Wort unterschreiben kann, fasse ich mich allerdings – sicherlich zur allgemeinen Begeisterung – für meine Verhältnisse sehr kurz.

Zunächst in aller Kürze die Eckdaten des derzeitigen Standes des Haushaltsplan-Entwurfes 2017:

- Das Gesamt-Auszahlungsvolumen liegt bei etwa 7,5 Milliarden Euro.
- Das Gesamt-Einzahlungsvolumen liegt bei etwa 7,2 Milliarden Euro.
- Der Positivsaldo bei der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt 397 Millionen Euro.
- Der Negativsaldo bei der Investitionstätigkeit beträgt 686 Millionen Euro.
- Die Finanzierungstätigkeit geht von einer schwarzen Null aus (Tilgung entspricht der Bruttokreditaufnahme).
- Der Cashflow weist also insgesamt einen Finanzmittelabfluss von 289 Millionen Euro aus.
- Der Entwurf des Ergebnishaushaltes weist derzeit ein Negativsaldo von 156 Millionen Euro auf.

Mir eilt beruflich der Ruf des Pessimisten voraus.

Deshalb mag es einigen unter Ihnen gleich wie Schillers Maria Stuart gehen:

*„[...] Ihr überrascht mich nicht,
Erschreckt mich nicht. Auf solche Botschaft war ich
Schon längst gefasst.“*

Negativer Cashflow 2015 – 2017: „No diamonds in the mine“

Also überrascht es wahrscheinlich viele nicht, wenn ich Ihnen sage, dass wir vermutlich drei Jahre hintereinander mehr ausgeben als wir einnehmen und damit liquiditätsmäßig von unserer Substanz zehren.

Dies lässt sich mit den Ist-Zahlen 2015 und den Planzahlen für 2016 und 2017 belegen:

Bereits im Jahr **2015** hatten wir einen negativen Cashflow in Höhe von 332 Millionen Euro. Wir haben also 332 Millionen Euro mehr ausgegeben als wir eingenommen haben.

Für das laufende Jahr **2016** planen wir mit einem ebenfalls negativen Cashflow in Höhe von 416 Millionen Euro. Auch wenn es erfahrungsgemäß beim Jahresabschluss etwas besser wird, wird es dennoch bei einem Minusbetrag im dreistelligen Millionenbereich bleiben.

Für das nächste Jahr **2017** rechnen wir in unseren Haushaltsplanungen derzeit mit einem ebenfalls negativen Cashflow in Höhe von mindestens 289 Millionen Euro. Dies ist allerdings nur ein Zwischenstand, der sich je nach Konjunkturlage verbessern oder verschlechtern kann.

Wirklich alarmierend ist, dass dies bereits in Zeiten geschieht, in denen das Geld nicht zu knapp in unsere Stadtkasse fließt. Das konjunkturelle Umfeld ist hervorragend, und wir konnten seit mehreren Jahren jedes Jahr sehr hohe Gewerbe- und Einkommensteuer-Einnahmen erzielen. Dieses Jahr wird es nach derzeitigem Stand übrigens vermutlich keinen neuen Rekord bei der Gewerbesteuer geben, wir liegen leider eher bei 2,4 Milliarden Euro als bei 2,5 Milliarden Euro.

Planerisch wird nach derzeitigem Stand des Entwurfes 2017 der Finanzmittelbestand – also das, was wir in der Kasse haben – auf nur noch 35 Millionen Euro Ende 2017 zurückgehen, obwohl ohnehin schon 151 Millionen Euro von unseren freiwilligen Finanzreserven eingesetzt werden müssen, um dies zu erreichen.

Leider können wir uns nicht in der Gewissheit wähnen, dass die Einnahmesituation auf ewig so vorteilhaft bleiben wird. Denn in den letzten 15 Jahren ist die weltweite Konjunktur schon zweimal schwer eingebrochen, und die letzten 150 Jahre der Wirtschaftsgeschichte sollten uns lehren, nicht dem Traum von der immer währenden Prosperität zu erliegen. Wann der nächste Konjunkturreinbruch kommt, weiß niemand. Wüsste ich es, hätte ich meine Funktion schon längst niedergelegt und würde irgendwo in der Karibik in der Sonne liegen...

Was ich aber prophezeien kann, ohne in die berühmte Glaskugel zu blicken, ist, dass unsere Ausgaben auch in Zukunft strukturell weiter steigen werden. Dafür gibt es in einer rapide wachsenden Stadt wie München immer gute Gründe. Schließlich ziehen jährlich rund 25.000 neue Menschen hinzu. Das heißt, München wächst jedes Jahr um die Größe einer Stadt wie Lindau am Bodensee!

Dies bedeutet: Wir benötigen natürlich neue und erweiterte und generalsanierte Schulbauten. Natürlich müssen wir die Wohnungsneubauförderung intensivieren – ich betone Neubau! Und natürlich benötigen mehr Münchner Einwohner auch mehr Dienstleistungen, für die wir mehr Personal einstellen müssen. Diese zusätzlichen Personen brauchen Büros, und die Büros müssen ausgestattet werden. Allein in den letzten zwei Jahren haben Sie der Verwaltung knapp 3.200 neue Stellen bewilligt.

Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, als attraktive, wachsende Stadt dafür zu sorgen, dass auch die Infrastruktur und die städtischen Dienstleistungen mitwachsen. Damit wir unseren Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft die gewohnte hohe Lebensqualität bieten können.

Was dies in der Praxis bedeutet, möchte ich an dieser Stelle nur anhand von einigen Beispielen illustrieren:

- Für die **Wohnungsbauförderung** haben wir im Haushaltsplanentwurf 2017 investiv 270 Millionen Euro eingeplant.
- Vom Bedarf an neuen und erweiterten und generalsanierten **Schulbauten** habe ich bereits gesprochen. Finanzmäßig sticht da im Jahr 2017 der Neubau des Bildungscampus Freiham heraus, für den wir allein im Jahr 2017 50 Millionen Euro eingeplant haben. Die Gesamtkosten des Projekts liegen bei 215 Millionen Euro.
- Ein weiteres großes Schulprojekt ist der teilweise Abbruch, der Neubau und die Generalinstandsetzung des Altbaus des **Schulzentrums in Obermenzing** in der Grandlstraße. Insgesamt rund 77 Millionen Euro wird dies kosten, wovon wir 16,0 Millionen Euro im Jahr 2017 eingeplant haben.
- Den laufenden Betrieb der **städtischen und nicht-städtischen Kinderbetreuung** werden wir im Jahr 2017 mit rund 340 Millionen Euro bezuschussen. Angesichts eines im Jahr 2015 vermeldeten Geburtenrekords (der neunte in Folge!) und des erwähnten Zuzugs in unsere Stadt wird dieser Posten in Zukunft sicher nicht weniger werden. Im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2016-2020 stehen hierfür 320 Millionen Euro zur Verfügung.
- Im Mai erst haben wir unsere neue **Feuerwache 4** in Schwabing eröffnet und damit einen großen Sicherheitsstützpunkt mit modernster Technik zur Gefahrenabwehr im Herzen der Stadt geschaffen. Die Gesamtkosten werden sich auf ca. 85 Millionen Euro belaufen. Im Jahr 2017 haben wir hierfür 12 Millionen Euro für Restzahlungen eingeplant.
- Zum Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** zählen auch die Investitionskosten in Höhe von 20 Millionen Euro, die wir 2017 für den **Siedlungsschwerpunkt Freiham** eingeplant haben. Hier entsteht ein neuer Stadtteil am westlichen Stadtrand. Insgesamt beträgt der Ansatz für diese unterschiedlichen Straßenbaumaßnahmen im Programmzeitraum 72 Millionen Euro.

Wer an weiteren Investitions Großprojekten interessiert ist, den verweise ich auf den Anhang an meine Rede. Dort gehen wir detaillierter auf einzelne Projekte ein.

Aber Sie sehen schon an diesen wenigen Beispielen, dass das alles gute Gründe sind, warum die Auszahlungen (investiv wie konsumtiv) weiter steigen werden.

Das große Problem aber ist: Wir werden uns dauerhaft ein solches Ausgabenwachstum wie speziell 2015 und 2016 nicht leisten können.

Betrachtet man dann einen längeren Zeitraum mit unterschiedlichen Konjunkturlagen, also beispielsweise 2007 bis 2016, zeigt sich, dass die Einzahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit nicht in gleichem Maße angestiegen sind wie die Auszahlungen. Während die Auszahlungen um durchschnittlich 4,4 Prozent anstiegen, sind die Einnahmen aus laufender Verwaltungstätigkeit nur um durchschnittlich 3,8 Prozent angestiegen (um SWM-Effekte bereinigt). Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen!

Lösung: Aufnahme von neuen Schulden? oder ‚Waiting for the miracle‘

Wer nun glaubt, wir könnten es uns nach zehn Jahren der Schuldentilgung auch mal wieder leisten, neue Schulden aufzunehmen, der bedenke folgendes:

Es dürfen nur Kredite für Investitionen aufgenommen werden. Für die laufenden Kosten dürfen wir keine Kredite aufnehmen.

Und auch die Aufnahme von Krediten für Investitionen ist durch rechtliche Vorgaben eingeschränkt. Sie dürfen nur aufgenommen werden, solange die so genannte ‚dauernde Leistungsfähigkeit‘ der Kommune sichergestellt ist. In Analogie zum Privathaushalt heißt das: Genau wie der viel zitierte Häuslebauer, der scharf rechnen muss, ob er sich den Kredit für sein Traumhaus tatsächlich leisten kann, muss auch die Landeshauptstadt München abwägen, ob sie die zusätzlichen Belastungen stemmen kann. Zum einen vermindert die Zinszahlung für Kredite den Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit. Zum anderen muss der Überschuss ausreichend sein, um die erhöhte ordentliche Tilgung begleichen zu können. Das funktioniert nur, solange ein Überschuss bei der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet wird, der mindestens so hoch ist wie die laufende Tilgung. Ich wurde auch gefragt, ob es nicht in Zeiten historisch niedriger Zinsen ratsam sei, jetzt schon Kredite sozusagen ‚auf Vorrat‘ aufzunehmen. Eine weitere rechtliche Vorgabe ist, dass wir erst Kredite aufnehmen dürfen, wenn unsere freiwilligen Finanzreserven verbraucht sind. Näheres dazu werde ich Ihnen am 13./14. Dezember berichten können, wenn ich Ihnen den Finanzplan vorlegen werde. Darin werde ich Ihnen das vermutliche Abschmelzen der freiwilligen Finanzreserven darstellen.

2017: Negativsaldo im Ergebnishaushalt

Neben diesen Vorgaben zur dauernden Leistungsfähigkeit ist bei doppisch buchenden Kommunen auch der Ergebnishaushalt zu betrachten. Hier lautet die gesetzliche Vorgabe: Der Ergebnishaushalt sollte keinen Negativsaldo haben, weil ein Negativsaldo zeigt, dass die Kommune von der Substanz zehrt. Damit ein Ergebnishaushalt als ausgeglichen gilt, kann allerdings ein Negativsaldo mit den Überschüssen aus Vorjahren (Ergebnisrücklage) verrechnet werden.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2017 rechnen wir derzeit mit einem Negativsaldo in Höhe von 156 Millionen Euro. Ohne die Finanzbeziehungen zur SWM GmbH würde der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt 177 Millionen Euro betragen. Soweit dieser Fehlbetrag am Ende des Jahres 2017 tatsächlich Bestand haben sollte, wäre ein Ausgleich durch die Ergebnisrücklage in Höhe von knapp 5 Milliarden Euro sichergestellt. München würde dann aber nicht nur liquiditätsmäßig, sondern auch vermögensmäßig von der Substanz zehren.

Gewaltiger Investitionsbedarf (Entwurf Mehrjahresinvestitionsprogramm 2016 – 2020)

Ich präsentiere Ihnen heute auch den Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2016 bis 2020. Hier bewegen wir uns auf Rekordniveau: Rekordinvestitionen in Höhe von 6,1 Milliarden Euro. Damit ist das Investitionsvolumen rund 704 Millionen Euro oder 13 Prozent höher als das Vorjahresprogramm.

Wo liegen die Investitionsschwerpunkte?

- Neubau, Erweiterung, Umbau und Instandsetzung von **Schulen** (1,855 Milliarden Euro)
- **Wohnen in München V** (413 Millionen Euro) und VI (405 Millionen Euro); insgesamt sind im MIP-Entwurf 2016 – 2020 1,562 Milliarden Euro für den Wohnungsbau eingeplant.
- **Straßen- und Brückenbau** (465 Millionen Euro)
- Ausbau der **Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen** (320 Millionen Euro)
- Erhöhung des **Eigenkapitals der Stadtklinikum München GmbH** (289 Millionen Euro)

Bis jetzt habe ich nur von den Investitionsmaßnahmen der Liste 1 gesprochen.

Zusätzlich zu den 6,1 Milliarden Euro müssen wir in den nächsten Monaten mit weiteren Finanzierungsbeschlüssen von **Bauvorhaben** im Programmzeitraum des MIP in Höhe von über **500 Millionen Euro** rechnen. Das betrifft vor allem das 2. Schulbauprogramm 2017 und folgende und den Bildungscampus und Sportpark Messestadt Riem.

Und selbstverständlich endet die Schulbauoffensive nicht wie der heute im MIP-Entwurf betrachtete Programmzeitraum im Jahre 2020 beziehungsweise 2021, sondern wir werden darüber hinaus noch weitere Milliarden-Euro-Beträge investieren müssen.

Betrachten wir die Summen, die laut unserer Bekanntgabe **„Große Vorhaben in kommenden Jahren“** auf dem ‚Wunschzettel‘ bis 2030 stehen, sprechen wir von einem weiteren Volumen **von weit über die derzeit bezifferbaren rund 11 Milliarden Euro** (davon zirka 2,6 Milliarden Euro für die Schulbauoffensive 3)!

Viele dieser Projekte sind dringend notwendige Pflichtmaßnahmen, die beispielsweise der Grundversorgung oder dem Substanzerhalt dienen. Sie können daher gar nicht oder nur bedingt zeitlich verschoben werden. Manche dieser Vorhaben werden auch im MIP-Zeitraum 2016 – 2020 noch finanzierungswirksam werden.

Finanzplan 2016 – 2020/21: ‚The future‘

Wie ich bereits erwähnte, stelle ich Ihnen die mittel- und langfristige Finanzplanung 2016-2020/21 erst im Dezemberplenium vor. Aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass angesichts dieser gewaltigen Investitionsvorhaben, die vor uns liegen, unsere freiwilligen Finanzreserven schnell abschmelzen werden und wir uns vermutlich ab 2018 jedes Jahr in einem höheren dreistelligen Millionenbereich neu verschulden werden müssen. Grundsätzlich ist eine Schuldenaufnahme für die Zukunft unserer Stadt und besonders für die Zukunft unserer Kinder ja keine Todsünde. Das große Fragezeichen bleibt aber, ob sich die Einnahmesituation kontinuierlich so positiv wie derzeit entwickeln wird, um die Auswirkungen der Schuldenaufnahme – also Zinsen und Tilgung – dauerhaft stemmen zu können. Und daher mein allseits erwartetes ceterum censeo: Ich appelliere erneut an Sie, die Stadträtinnen und Stadträte: Beschließen Sie möglichst wenig unterjährige Ausweitungen des Haushalts 2017, die ja meist auch Folgekosten für 2018 und später haben! Dieses Mittel sollte nur in seltenen Ausnahmefällen angewandt werden, wenn tatsächlich unvorhersehbare Ausgaben auftreten, die im Spätherbst 2016 definitiv noch nicht absehbar waren.

Denn schon die alten Römer wussten:

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!

oder: Was auch immer du tust, handle klug und berücksichtige das Ende!

An meine Kolleginnen und Kolleginnen auf der Referentenbank appelliere ich: Führen Sie den Stadtrat durch unterjährige Beschlussvorlagen mit Haushaltsausweitungen nicht permanent in Versuchung, diesen zuzustimmen!

Ich begrüße ausdrücklich die Ankündigung des Herrn Oberbürgermeisters, dass er als Herr der Tagesordnung nach der Bayerischen Gemeindeordnung meinen Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank sehr energisch dabei helfen wird, den Stadtrat nur in Ausnahmefällen unterjährig mit Haushaltsausweitungen zu befassen.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei und aller Referate, die an der Erstellung des Haushaltsplan-Entwurfes mitgewirkt haben.

Ihnen, lieber Stadtrat, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vermutlich kam Ihnen einiges bekannt vor. Aber der unverbesserliche Optimist in mir (diesen Luxus leiste ich mir privat ‚In my secret life‘) sagt:

Repetitio est mater studiorum

oder wie der Volksmund meint

Steter Tropfen höhlt den Stein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Beratungen heute, in den Fachausschüssen und im nächsten Plenum bei der Beschlussfassung.“

Anhang zur Rede von Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz Entwurf Finanzhaushaltsplan 2017

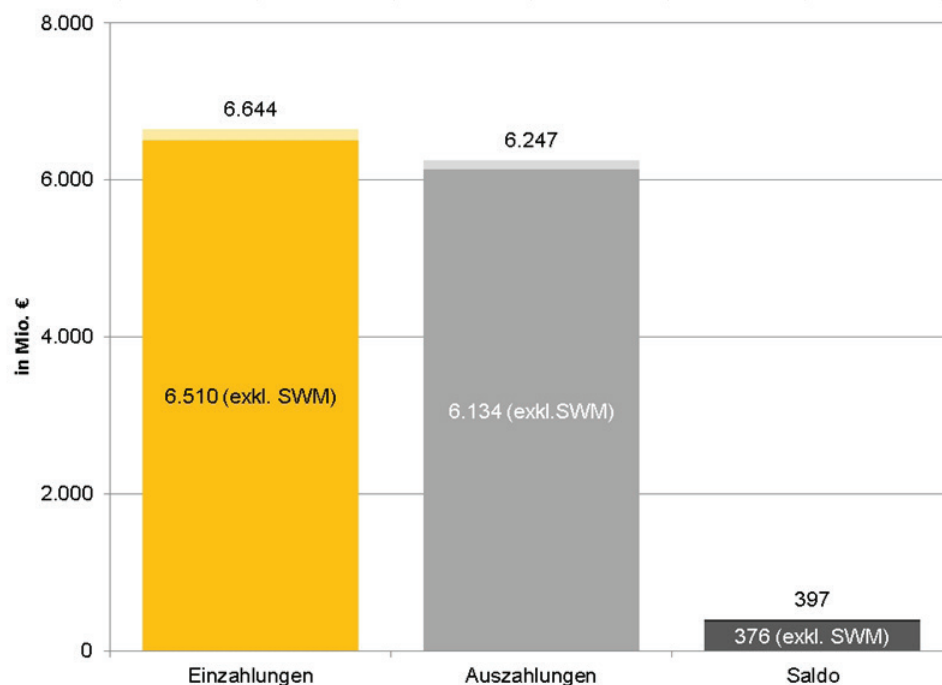


Abbildung 1: Finanzhaushalt Haushaltsplanentwurf 2017

Laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Unsere Hauptfinanzierungsquelle sind die **Steuereinnahmen**. Sie machen fast 64 Prozent unserer Gesamteinzahlungen in Höhe von 6,6 Milliarden Euro aus. Insgesamt erwarten wir für 2017 Gesamtsteuereinzahlungen in Höhe von 4,2 Milliarden Euro.

Auch im kommenden Jahr rechnen wir mit erneut leicht steigenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Wir rechnen mit 2,550 Milliarden Euro. Damit werden rund 38 Prozent unserer sämtlichen Einnahmen aus dieser Finanzquelle ‚sprudeln‘.

Die zweitwichtigste Einnahmequelle ist unser Anteil an der **Einkommensteuer**. Nachdem wir hier im Jahr 2015 erstmals die 1-Milliarden-Euro-Grenze durchbrochen haben, beträgt der Ansatz für diese Steuer im Entwurf des Haushaltsplans 2017 1,140 Milliarden Euro. Das sind rund 17 Prozent unserer Gesamteinnahmen.

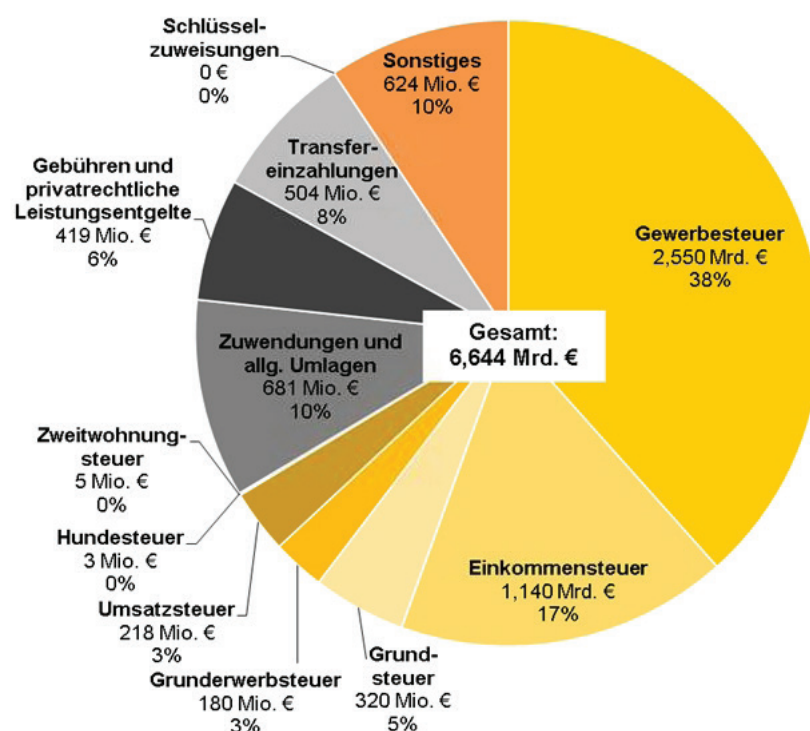


Abbildung 2: *Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach Arten*

13 Prozent erhalten wir aus **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen**, in Zahlen sind dies 862 Millionen Euro. Dazu zählen beispielsweise die Zuweisungen vom Land für Lehrpersonal und Kinderbetreuung oder die Überlassung der staatlichen **Grunderwerbsteuer**. Unseren Anteil an die-

ser Steuer beziffern wir im Haushaltsplanentwurf 2017 mit 180 Millionen Euro.

Eine weitere Position auf der Einzahlungsseite sind die **privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte**, also zum Beispiel Eintrittsgelder, KiTa-Gebühren, aber auch Miet- und Pachteinnahmen, die allerdings mit einem Anteil an den Gesamteinzahlungen von 6 Prozent (entspricht 419 Millionen Euro) eine eher geringe Rolle im Gesamtbild spielen.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Wie bereits erwähnt, werden nach unserer Einschätzung die **Auszahlungen** steigen, und zwar um rund 2 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro.

Die drei größten Blöcke sind auch diesmal wieder:

- die Auszahlungen für Transferleistungen (44 Prozent),
- die Personal- und Versorgungsauszahlungen (34 Prozent) sowie
- die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (16 Prozent).

Die **Transferauszahlungen**, unter die auch die **Gewerbesteuerumlage** (359 Millionen Euro) fällt, machen mit 2,8 Milliarden Euro rund 44 Prozent der Gesamtauszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit aus. Neben der genannten Umlage zählen hierzu auch weitere Pflichtzahlungen wie die Bezirksumlage (567 Millionen Euro), die Krankenhausumlage (34 Millionen Euro) und die Kosten für gesetzliche Sozialleistungen, aber auch die freiwilligen städtischen Leistungen für soziale und andere Zwecke und die Betriebskostenzuschüsse an städtische Beteiligungsunternehmen.

Die **Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen** sind mit 538 Millionen Euro angesetzt. Hinzu kommen die Ausgaben für **Sozialhilfe** (242 Millionen Euro), **Jugendhilfe** (349 Millionen Euro) und der Ansatz für die **Kosten der Unterkunft und Heizung** im Rahmen der Hartz IV-Unterstützung (271 Millionen Euro).

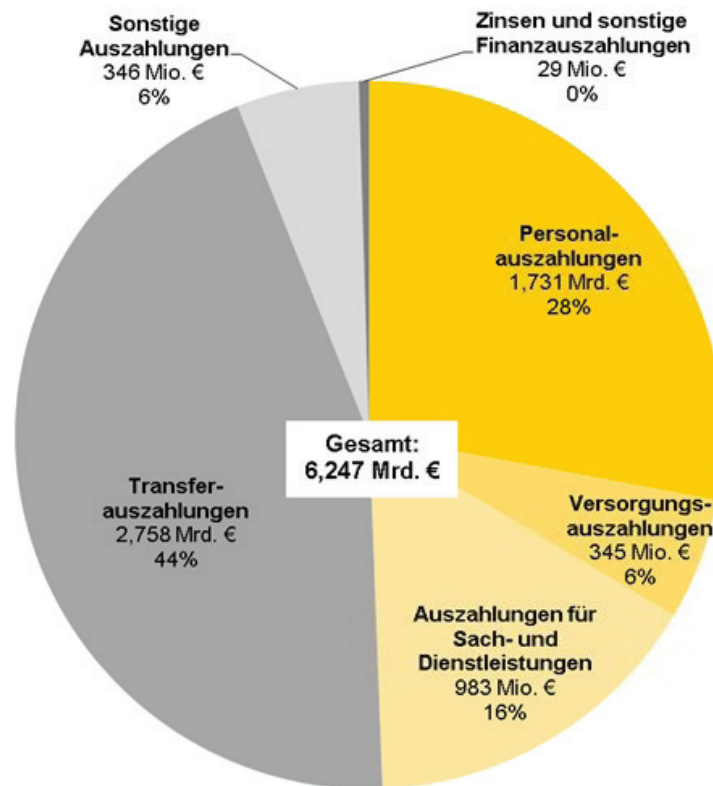


Abbildung 3: Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit nach Arten

Die **Personal- und Versorgungsauszahlungen** machen mit über 2 Milliarden Euro rund 34 Prozent der Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit aus.

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** haben einen mit knapp 1 Milliarde Euro einen Anteil von 16 Prozent an den Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Neben dieser Betrachtung nach Zahlungsarten splitten wir die Auszahlungen in unserer Vier-Felder-Grafik auch nach Referatsbudgets auf. So lässt sich gut ablesen, wo in der laufenden Verwaltungstätigkeit die Schwerpunkte liegen.

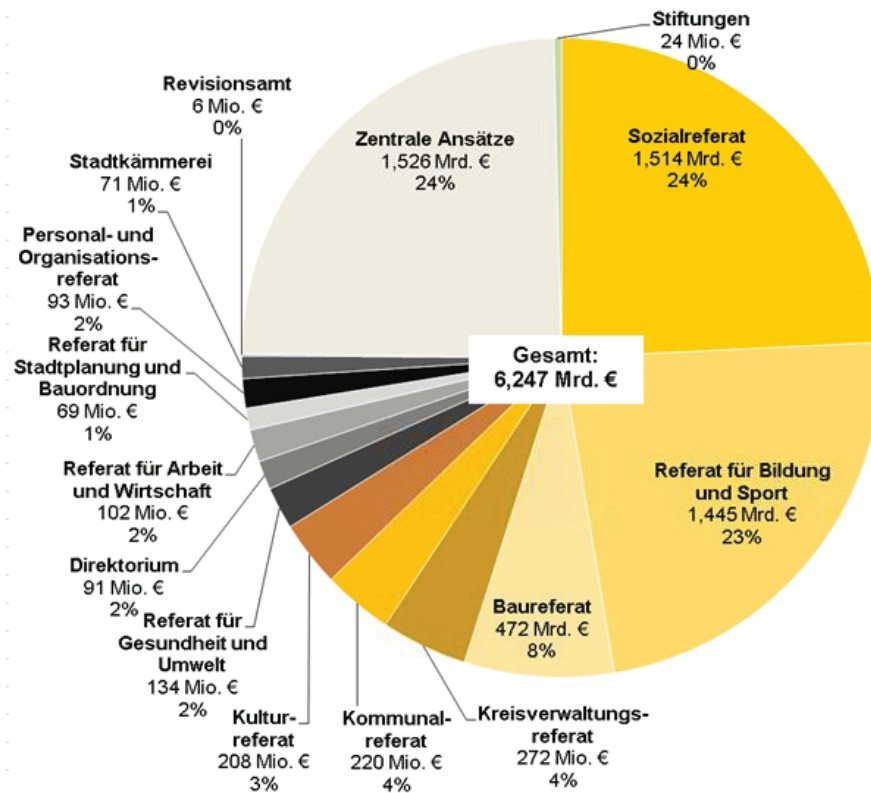


Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach Referaten

Insgesamt beanspruchen die **Referatsbudgets** ein Volumen in Höhe von 4,7 Milliarden Euro oder 75 Prozent der Gesamtauszahlungen. Davon wiederum entfallen rund 73 Prozent auf die drei budgetmäßig größten Referate: das Sozialreferat (1,5 Milliarden Euro), das Referat für Bildung und Sport (1,4 Milliarden Euro) und das Baureferat (472 Millionen Euro). Die Mittel fließen also überwiegend in den Ausbau des Kinderbetreuungs- und Schulangebots und die Sozialleistungen.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die so genannten **Zentralen Ansätze** (insgesamt 1,5 Milliarden Euro), die bei dieser Betrachtungsweise in der Vier-Felder-Grafik auffallen. Hinter diesem Begriff verbergen sich Zahlungen, die nicht einem Referat spezifisch zugeordnet werden können, also beispielsweise die schon genannten Bezirks- und Gewerbesteuerumlagen (Zentrale Ansätze Stadtkämmerei) und die Versorgungsauszahlungen (Zentrale Ansätze POR).

Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ziehen wir die Auszahlungen von den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ab, bleibt uns auch im Jahr 2017 planerisch ein **Überschuss** in Höhe von 397 Millionen Euro beziehungsweise 376 Millionen Euro ohne SWM-Sondereffekte. Dies bedeutet, dass wir voraussichtlich auch 2017 unsere Schuldentilgung und einen Teil der Investitionsfinanzierung aus diesen Mitteln leisten können.

Investitionstätigkeit

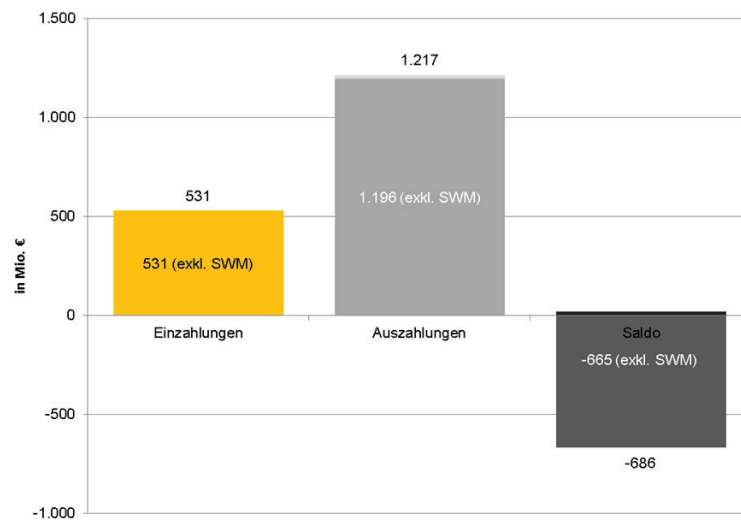


Abbildung 5: Investitionstätigkeit Haushaltsplanentwurf 2017

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

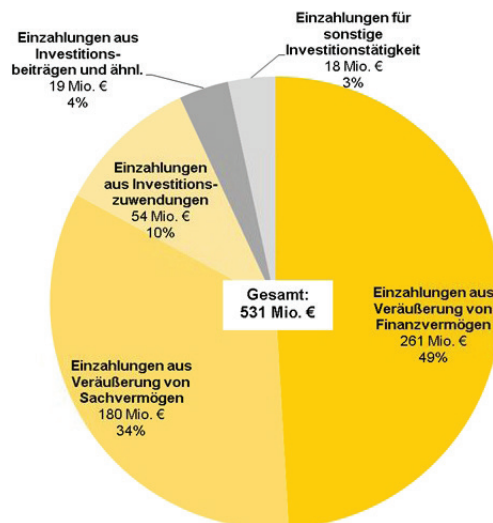


Abbildung 6: Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Für das kommende Jahr planen wir bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mit **531 Millionen Euro**.

Diese speisen sich aus verschiedenen Quellen, wobei der weitaus größte Teil aus der **Veräußerung von Finanzvermögen** generiert werden soll (261 Millionen Euro). Gleichzeitig sei schon jetzt erwähnt, dass wir für 110 Millionen Euro auch wieder Finanzanlagen erwerben werden, wie wir gleich auf der Auszahlungsseite sehen werden.

Darüber hinaus werden wir Teile unseres **Sachvermögens** veräußern und planen, damit rund 180 Millionen Euro zu erzielen. Zusätzlich fließen rund 54 Millionen Euro **Investitionszuwendungen** in unseren Investitionstopf.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (inklusive Erwerb von Finanzanlagen)

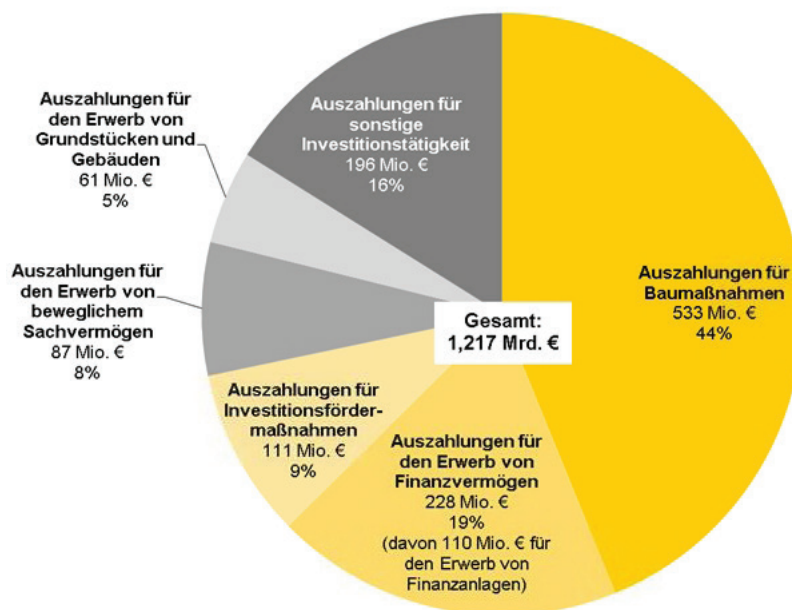


Abbildung 7: Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (inklusive Erwerb von Finanzanlagen)

Damit liegen die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit deutlich unter unseren **Auszahlungen**.

Diese bewegen sich seit Jahren auf einem sehr hohen Niveau und übersteigen damit die Einzahlungen regelmäßig bei weitem.

So werden wir im nächsten Jahr über **1,2 Milliarden Euro** investieren.

Investitionsschwerpunkte und Einzelmaßnahmen

Thematisch konzentriert sich der Löwenanteil der Investitionen wie auch schon in den vergangenen Jahren auch im Jahr 2017 auf die Bereiche Schulen (323 Millionen Euro) und Kindertagesbetreuung (58 Millionen Euro), Wohnungsbau (270 Millionen Euro) sowie Verkehrsinfrastruktur (127 Millionen Euro).

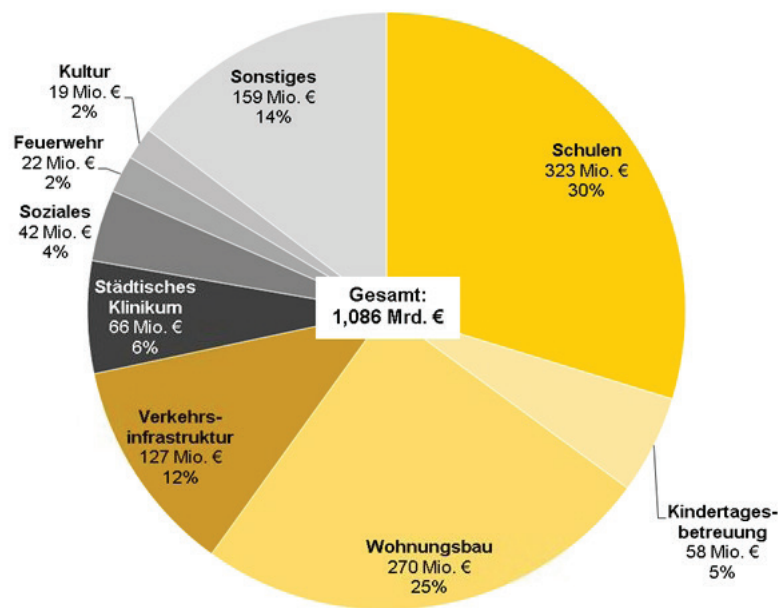


Abbildung 8: Investitionsschwerpunkte 2017 (ohne Kapitalrückführung SWM GmbH und Finanzlagen)

Ich habe einige konkrete Projekte ausgewählt, anhand derer diese Millio-
nensummen hoffentlich ein wenig greifbarer werden. Im vorderen Teil mei-
ner Rede bin ich bereits auf einige Beispielprojekte eingegangen. Deshalb
hier nur noch als Ergänzung weitere konkrete Beispiele:

Da ist zunächst einmal die **Schulbauoffensive** zu nennen, das deutsch-
landweit größte Schulbauprogramm. Das 2016 beschlossene 1. Programm
und das für 2017 geplante 2. Programm beinhalten über 80 Neubauten und
Sanierungen. Insgesamt investieren wir allein bis 2023 rund 1,5 Milliarden
Euro in das Bauprogramm. Das ist allerdings nur der erste Schritt. Auch in
den Jahren danach sollen weitere Programme folgen.

Zu den bereits beschlossenen Einzelprojekten im Bereich **Bildung** gehört die Sanierung, Erweiterung oder der Neubau unzähliger Schulgebäude. Sie alle zu nennen, ist mir an dieser Stelle nicht möglich. Deshalb nenne ich hier lediglich beispielhaft die drei größten Maßnahmen:

- Generalsanierung und Erweiterung des Schulzentrums in der Gerastraße:
15,0 Millionen Euro im Jahr 2017
- Neubau des BBZ in der Ruppertstraße:
15,0 Millionen Euro im Jahr 2017
- Neubau der Grundschule inklusive Sporthalle und Freisportanlage auf dem Gelände der ehemaligen Funkkaserne:
14,0 Millionen Euro im Jahr 2017

Ähnlich wie der Bereich Schule setzen sich die Maßnahmen im Bereich Ausbau der **Kinderbetreuungsplätze** aus sehr vielen Einzelprojekten zusammen, die eine Gesamtsumme von 58 Millionen Euro ergeben. Auch hier kann ich nur die größten Projekte nennen, die beispielhaft für eine Vielzahl ähnlicher Maßnahmen stehen:

- Baukostenzuschuss für Häuser für Kinder nicht-städtischer Träger: 18,5 Millionen Euro im Jahr 2017
- Neubau des Hauses für Kinder Franz-Winter-Straße: 2,6 Millionen Euro im Jahr 2017
- Kindertagesstätte Schussenrieder Straße: 1,7 Millionen Euro im Jahr 2017
- Neubau Haus für Kinder Aubing Ost: 1,7 Millionen Euro im Jahr 2017

Ein großes Projekt im Bereich **Verkehrsinfrastruktur** bleibt 2017 auch nach Eröffnung im Jahr 2015 der Tunnelbau am Luise-Kiesselbach-Platz. Dieser Tunnel wird uns insgesamt – so sind jedenfalls die Planungen – knapp 400 Millionen Euro kosten. Im nächsten Jahr haben wir hierfür immer noch 18 Millionen Euro eingeplant, denn die provisorischen Fahrbahnen müssen zurückgebaut werden, sodass neue Geh-/Radwege, Baumgräben und Fahrstreifen entstehen. Auch diese Arbeiten müssen in mehreren Bauphasen und Abschnitten erfolgen.

Ein weiteres großes **Einzelprojekt** ist der Neubau der Feuerwache 4 in Schwabing. Die mittlerweile marode Feuerwache in der Nordendstraße soll durch einen insgesamt rund 71 Millionen Euro teuren modernen Neubau in der Heßstraße ersetzt werden. Für das Jahr 2017 stellen wir über 12 Millionen Euro investive Mittel hierfür bereit.

Finanzierungstätigkeit

Nach dem konsumtiven und dem investiven Teil noch ein paar Worte zum dritten Teil des Gesamtfinanzhaushalts: Der **Finanzierungstätigkeit**.

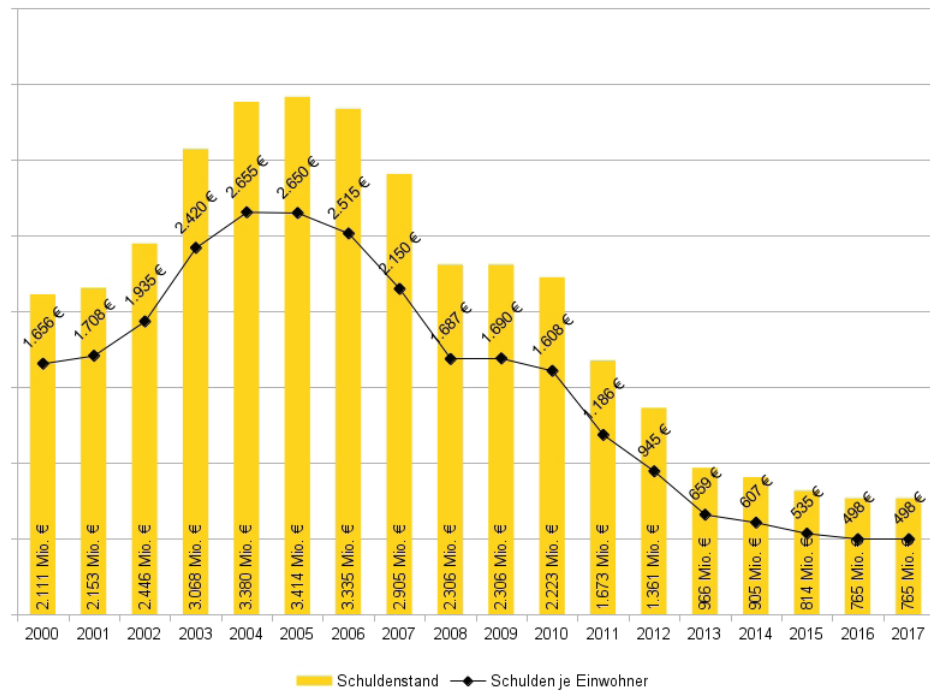


Abbildung 9: Schuldenstand und Pro-Kopf-Verschuldung jeweils zum 31.12.

Wir planen auch im nächsten Jahr **nicht** mit einer **Nettoneuverschuldung**. Wir haben zwar eine Kreditaufnahme (als Einzahlung) in Höhe von 44 Millionen Euro eingeplant, wollen aber gleichzeitig 44 Millionen Euro (als Auszahlung) Schulden tilgen. Damit wäre wieder eine **Nettoneuverschuldung** Null erreicht.

Alarmierend ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass wir zur Finanzierung der Investitionen 289 Millionen Euro aus dem **Finanzmittelbestand** – also aus der Kasse – entnehmen werden.

Entwurf Ergebnishaushaltsplan 2017

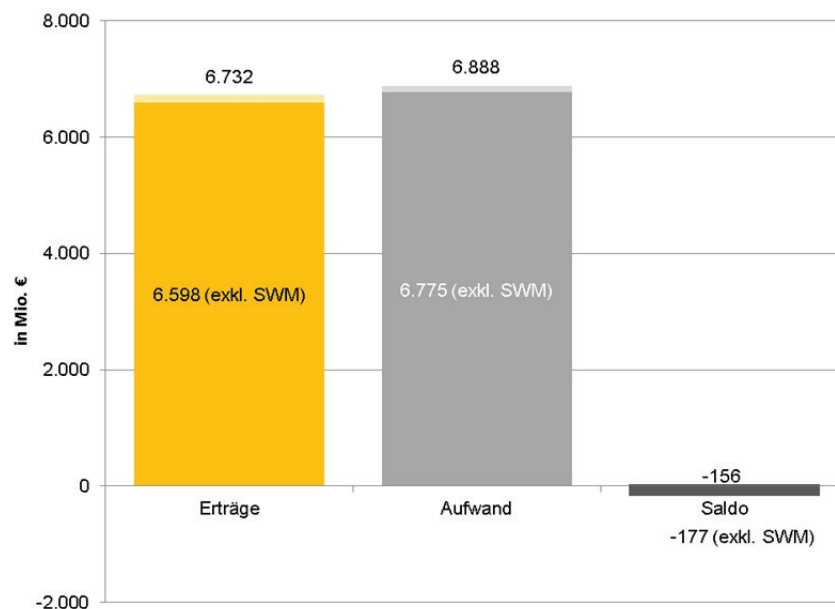


Abbildung 10: Ergebnishaushalt Haushaltsplanentwurf 2017

Für das Haushaltsjahr 2017 planen wir mit einem **Fehlbetrag im Jahresergebnis** in Höhe von 156 Millionen Euro beziehungsweise bereinigt um die SWM-Sondereffekte in Höhe von 177 Millionen Euro.

Der Entwurf zum Haushaltsplan 2017 sieht **Gesamterträge** in Höhe von 6,7 Milliarden Euro beziehungsweise 6,6 Milliarden Euro ohne die SWM-Sondereffekte vor. Analog zum Finanzhaushalt sind die **Steuererträge** (4,2 Milliarden Euro) und die Erträge aus **Zuwendungen und allgemeiner Umlage** (862 Millionen Euro) die größten Positionen auf der Ertragsseite.

Ein paar Worte noch zu den zwei größten Einzelposten bei den **Aufwendungen** (insgesamt 6,9 Milliarden Euro beziehungsweise 6,8 Milliarden Euro ohne SWM-Sondereffekte), die nicht oder nur teilweise in den Auszahlungen des Finanzhaushalts enthalten sind. Dies sind die **Versorgungsaufwendungen** in Höhe von 641 Millionen Euro, in denen auch die **Pensionsrückstellungen** enthalten sind, und die **Abschreibungen** mit 347 Millionen Euro. Der hohe Betrag der Abschreibungen ist eine Folge der starken Investitionstätigkeit der Vergangenheit, da Investitionsgüter über den erwarteten Nutzungszeitraum abgeschrieben werden. Also: Mehr Bautätigkeit erhöht das Anlagevermögen, welches wiederum die Abschreibungen steigen lässt.

Entwurf Mehrjahresinvestitionsprogramm 2016 – 2020 (MIP 2016 – 2020)

Der MIP-Entwurf 2016-2020 umfasst **Gesamtauszahlungen in Höhe von 6,1 Milliarden Euro**. Das sind 704 Millionen Euro oder 13 Prozent mehr als im ‚alten‘ MIP 2015-2019 (5,4 Milliarden Euro).

Die deutliche Steigerung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass folgende Maßnahmen neu in die Investitionsliste 1 aufgenommen wurden, die teilweise erst im Oktober beziehungsweise November 2016 in die Vollversammlung eingebracht werden:

- 31 Schulbaumaßnahmen (+532 Millionen Euro)
- Bildungscampus Freiham Nord (+193 Millionen Euro)
- Wohnen in München VI (405 Millionen Euro).

Die **Investitionsschwerpunkte** bleiben dabei folgende:

- Schule und Kindertagesbetreuung (2,1 Milliarden Euro beziehungsweise 33,6 Prozent des Programmvolumens),
- Wohnungsbauförderung (1,6 Milliarde Euro beziehungsweise 25,5 Prozent des Programmvolumens)
- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (465 Millionen Euro beziehungsweise 7,6 Prozent des Programmvolumens) und
- Kulturförderung (165 Millionen Euro beziehungsweise 2,7 Prozent des Programmvolumens).

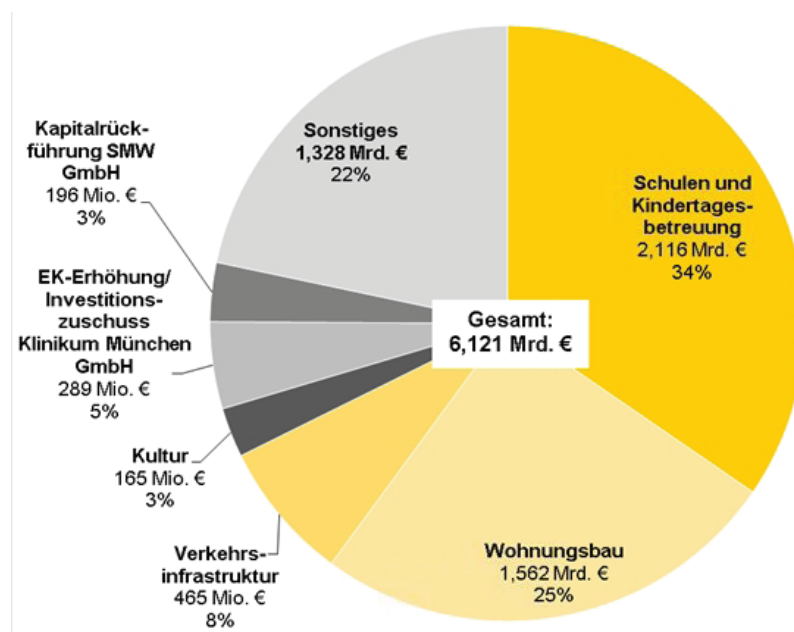


Abbildung 11: Entwurf Mehrjahresinvestitionsprogramm 2016 – 2020

Es sind damit allerdings noch nicht alle in den nächsten Monaten geplanten weiteren Finanzierungsbeschlüsse berücksichtigt. So ist beispielsweise vorgesehen, im 1. Halbjahr 2017 das 2. Schulbauprogramm 2017 in den Stadtrat einzubringen. Wir haben dafür einen langfristigen Finanzrahmen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro geschätzt. Auch der Beschluss für den Sportpark Freiamt wird erst im nächsten Jahr erwartet. Hier rechnen wir mit einem Finanzrahmen von 80 Millionen Euro. Dabei handelt es sich in beiden Fällen jedoch lediglich um grobe Schätzungen. Insgesamt schätzen wir, dass wir im Programmzeitraum für diese und weitere relativ sicher zu erwartende Bauvorhaben, die wir noch nicht in die Investitionsliste 1 aufnehmen konnten, mit rund 500 Millionen Euro zusätzlich rechnen müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Alle im MIP 2016 – 2020 ausgewiesenen Investitionslisten ergeben über die sieben Planjahre ein Gesamtauszahlungsvolumen von über 11 Milliarden Euro!

Darüber hinaus sind bei allen Investitionsentscheidungen natürlich auch die dadurch ausgelösten **Folgekosten** zu berücksichtigen.

Wir haben diese im vorliegenden Entwurf auf jährlich knapp 100 Millionen Euro beziffert.

Um das Bild abzurunden, weise ich auch auf unsere Bekanntgabe **„Große Vorhaben in kommenden Jahren“** hin. Hier sammeln wir alle Investitionsvorhaben und Projekte, die wir aus gesetzlichen Gründen noch nicht in das MIP aufnehmen dürfen.

Das Volumen dieser 136 Vorhaben beziffern wir auf rund **10 Milliarden Euro + X**. Das ‚X‘ steht dabei für Vorhaben, für die derzeit noch keine Kosten geschätzt werden können, die aber durchaus erhebliche Milliardenhöhe erreichen können.

Und auch hier haben wir die möglichen Folgekosten geschätzt. Eine Realisierung aller Vorhaben würden nach überschlägiger Kalkulation zusätzliche Folgekosten zwischen 130 und 180 Millionen Euro auslösen.

Um die Situation noch zu verschärfen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass ein erheblicher Teil der aufgeführten Maßnahmen entweder gesetzliche Pflichtaufgaben umfasst oder durch das starke Wachstum der Stadt ausgelöst wird. Ein ‚Verschieben nach hinten‘ ist daher – beispielsweise im Schulbau – nicht oder nur bedingt möglich.

Damit entstehen, wie unschwer zu erkennen ist, erhebliche zusätzliche Finanzierungsbedarfe und damit auch zusätzliche Risiken für die Finanzlage der Stadt, die momentan nicht aus dem MIP 2016 – 2020 hervorgehen. Ich habe bereits im Finanzplan 2015 – 2019 dargestellt, dass selbst beim Einsatz von Finanzreserven im mittleren dreistelligen Millionenbereich ab 2018 zur Finanzierung der Investitionen erstmals wieder eine Nettoneuverschuldung erforderlich sein dürfte. Sofern nicht die Einzahlungen deutlich höher als geplant ausfallen.



Meinen bereits oben genannten Appell kann ich deshalb nur wiederholen:
Eine strikte Priorisierung aller gewünschten Vorhaben ist unumgänglich.
Zugleich sollte noch stärker auf die wirtschaftliche Umsetzung der Projekte
geachtet werden.

Die Haushaltsrede kann auch auf der Internetseite der Stadtkämmerei
(www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Stadtkaeemerei.html) ein-
gesehen werden.



**Personal- und Organisationsreferent Dr. Alexander Dietrich:
Münchens Personalhaushalt 2017**

(15.11.2016) Personalreferent Dr. Alexander Dietrich in der heutigen Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München zu Münchens Personalhaushalt 2017:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen der diesjährigen Nachtragshaushaltsdebatte hat sich unser Kämmerer mit Sisyphos verglichen.

Sisyphos hatte ja den Zorn des Zeus auf sich gezogen und sollte zur Strafe in den Hades einfahren. Er hat dies allerdings verhindert, indem er den dafür zuständigen Gott Thanatos betrunken gemacht hat, sozusagen als griechische Version des Brandner Kaspar. Nebeneffekt dieser Zecherei war jedoch, dass kein Mensch mehr gestorben ist.

Es wäre schön, wenn der Kollege Dr. Wolowicz den Schlüssel zum ewigen Leben gefunden hätte. Dies würde nämlich die Arbeit meines Referates deutlich erleichtern. Ewiges Leben bedeutet schließlich auch ewiges Arbeiten für die Landeshauptstadt München – die Probleme bei der Personalgewinnung wären ein für alle mal gelöst.

Spaß beiseite! Die Arbeit meines Hauses, das ich seit 1. Juli dieses Jahres mit großer Freude führen darf, ist zum Glück doch eher irdischer Natur.

Ich möchte Ihnen heute die **Kernbotschaften zum Haushalt 2017** aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates erläutern. Dabei werde ich mich auf einige ausgewählte Schwerpunkte beschränken. Für die Statistikfreunde unter Ihnen haben wir dieses Jahr eine Tischvorlage ‚Zahlen, Daten, Fakten des Personalhaushaltes‘ vorbereitet, die die zentralen statistischen Daten aus dem POR enthält.

Nun zu meinen vier Kernaussagen:

1. Als stark wachsende Metropole werden wir auch in Zukunft nicht an Personalaufbau vorbei kommen!

Will München eine Stadt mit hoher Lebensqualität bleiben, brauchen wir dafür geeignetes und gut qualifiziertes Personal.

2. Unsere Haushaltslage zwingt uns aber dazu, nicht JEDEN Wunsch nach Stellenzuwachs zu unterstützen!

Wir brauchen wie bei den städtischen Investitionsprojekten eine klare Priorisierung bei Personalmehrungen sowie Haushaltsdisziplin.

3. Gutes Personal fällt nicht vom Himmel!

Der öffentliche Dienst steht in der Wachstumsregion München im harten Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Insbesondere das Thema **„bezahlbarer Wohnraum für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“** kann hier künftig ein Schlüsselfaktor für erfolgreiche Personalgewinnung werden.

4. Wir müssen die Herausforderungen der Digitalisierung auch in der öffentlichen Verwaltung ernst nehmen!

Eine zeitgemäße IT, schlanke und effiziente Arbeitsprozesse sowie das Nutzen von Synergien durch vernünftige Organisationsstrukturen sind für die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung unerlässlich. Eine funktionierende IT ist für die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin eine Grundvoraussetzung.

Nun zu den Details.

Punkt 1: Wachsende Stadt – mehr Personal

Die Bevölkerung der Landeshauptstadt München wird – den aktuellen Prognosen zufolge – in den nächsten beiden Jahrzehnten um weit über 200.000 Einwohner zunehmen.

Anschaulich gesagt: München wächst somit in den nächsten 20 Jahren um einmal Augsburg!

Ich denke, wir sind uns einig: die Herausforderungen dieses Wachstums sind mit dem gleichen Personalstand von heute nicht zu bewältigen.

Wir bieten unseren Bürgerinnen und Bürgern heute eine unvergleichlich hohe Lebensqualität in München. Diese Lebensqualität wollen wir für die eingessene Bevölkerung erhalten und sie natürlich auch den Neubürgern zukommen lassen.

Die Stadt schafft in den neuen Vierteln und großen Baugebieten mit hohem finanziellen Aufwand Schulbauten, Kindergärten, Kindertagesstätten, soziale Einrichtungen und vieles mehr. Dafür brauchen wir selbstverständlich auch geeignetes Personal in ausreichender Zahl.

Und auch in den anderen Referaten, in der klassischen Verwaltung, bei den Eigenbetrieben und Töchtern wird der Bevölkerungszuwachs ebenfalls nicht spurlos vorübergehen.



Ebenso brauchen die neuen Bürgerinnen und Bürger Münchens Reisepässe, müssen Autos zulassen, stellen Anträge unterschiedlichster Art an die Stadt, nutzen öffentliche Verkehrsmittel, werden in unseren Kliniken geboren oder behandelt und am Ende eines hoffentlich langen und erfüllten Lebens auf einem städtischen Friedhof die letzte Ruhe finden.

Diesen kompletten Lebenszyklus der Menschen in dieser Stadt wollen und müssen wir auch künftig so gut es geht im Rahmen der Daseinsvorsorge als leistungsfähige und funktionierende Stadtverwaltung begleiten.

Gerade aufgrund dieser Herausforderungen ist **mein Punkt 2: mehr Haushaltsdisziplin auch in Personalfragen** so bedeutsam.

Schauen wir uns die **Personalauszahlungen** einmal an. Die Summe der Personalauszahlungen in 2017, einschließlich Beihilfen und Versorgung, beträgt zum Stand der Detailplanung Haushaltsentwurf 2017 rund 2,13 Milliarden Euro.

Gegenüber dem Stand Schlussabgleich 2016 mit 1,98 Milliarden Euro entspricht dies einer Erhöhung um rund 146 Millionen Euro oder 7,38 Prozent. Wir überschreiten im Gemeindehaushalt mit den kalkulierten Personalauszahlungen zum Stand des Haushaltsentwurfs also die **Zwei-Milliarden-Grenze**. Dies dokumentiert zwar auf der einen Seite die Leistungsvielfalt und das breite Spektrum, das unsere Verwaltung mittlerweile abdeckt, aber mit Blick auf die Zukunft, insbesondere auf künftige Haushalte, brauchen wir eine tragfähige Strategie.

So wichtig die Bereitschaft des ehrenamtlichen Stadtrats ist, den Forderungen der Referate großzügig nachzukommen und zusätzliche Stellen – manchmal auch gegen den Rat der Querschnittsreferate – zu genehmigen, stellt sich zunehmend die Frage, ob nicht allmählich **mehr Zurückhaltung** angebracht wäre.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an unseren Beschluss vom Januar erinnern, mit dem wir ‚den Haushalt ernst‘ nehmen wollten. Die Praxis hat anders ausgesehen.

Gerade die vorher angesprochenen Herausforderungen an die Personalgewinnung durch die zunehmende Bevölkerung zwingen uns dazu, das Thema Stellenbewertung und -bemessung in den Referaten noch ernster zu nehmen. Das POR wird sich hier auch in Zukunft mit klarer und mahrender Stimme einbringen.

Zudem brauchen wir seitens des ehrenamtlichen Stadtrats eine **klare Priorisierung in der Stellenbedarfsplanung**. Auf welche Felder legt die Stadt bei der Schaffung neuer Stellen besonderen Wert und in welchen Bereichen ist man bereit, ggf. auch mit weniger Ressourcen auszukommen. Diese Positionierung und politische Entscheidung ist zwingend erforderlich, um sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erklären zu können.

Da geht es auch nicht um ein Ausspielen von Planstellen für zum Beispiel Lehrer oder Erzieher auf der einen Seite und Müllwerker und KVR-Sachbearbeiter auf der anderen Seite, sondern um Prioritätensetzung.

Erleichtern könnte die Priorisierung und Steuerung, dass – wie in den Beschlüssen ‚Haushalt ernst nehmen‘ vorgesehen – tatsächlich in erster Linie Empfehlungsbeschlüsse zum jeweils nächsten Haushalt erfolgen und dann im Rahmen der Haushaltsberatungen die Prioritäten gesetzt werden. Ausnahmen darf es nur dann geben, wenn der Stellenbedarf wirklich unvorhersehbar ist und dies auch gut begründet wird.

Wir müssen diesen Systemwechsel vollziehen und ich halte ihn aufgrund der aktuellen Haushaltsentwicklung mehr denn je für angezeigt.

Dass wir darüber hinaus in puncto IT-Systemen, Organisationsstrukturen und verwaltungsinternen Prozessen noch besser werden müssen, ist wohl auch jedem klar. Auch hier ist es notwendig, dass wir in den nächsten Jahren deutlich an unserer Effizienz arbeiten, ich werde später noch darauf zu sprechen kommen.

Die derzeit geplanten Personalkosten zeichnen nicht unbedingt ein realistisches Bild der Gesamtsituation. Warum?

Wir mussten in den Jahren 2015 und 2016 bis einschließlich September Stadtratsbeschlüsse im Umfang von 3.184 VZÄ-Stellen umsetzen. 443 VZÄ-Stellen sind heuer noch zur Beschlussfassung geplant.

Das bedeutet Personalauszahlungen in Höhe von 194 Millionen Euro. Hinzu kommen teilweise noch Rückstellungen für spätere Pensionen und Beihilfen in Höhe von ca. rund 38,8 Millionen Euro (*entspricht 40 Prozent der Auszahlungen*).

Da wir seit dem Schlussabgleich 2016 bei jeder Planung der Personalauszahlungen alle Stellen mit den individuellen Gehältern ihrer jeweiligen Besetzung berücksichtigen und unbesetzte Stellen sowie unbesetzte Stel-

lenanteile mit Jahresmittelbeträgen kalkulieren, ergibt sich zunächst ein genaueres Bild.

Es ist davon auszugehen, dass wir bei einer Vollbesetzung aller vorhandenen und noch geplanten Stellen den Haushaltsplan um **rund 184 Millionen Euro aufstocken** müssten.

Da aber die natürliche Fluktuation den Haushalt zudem ebenfalls immer entlastet, wurde dieser Betrag nicht vollumfänglich eingeplant.

Für 2017 haben die Referate Stadtratsbefassungen im Umfang von 474 VZÄ Stellen bereits jetzt geplant. Die erforderlichen rund 26 Millionen Euro müssen im Haushalt 2017 ff. noch zusätzlich eingeplant werden.

Nicht verschweigen möchte ich die **derzeitige Besetzungssituation** in den Referaten. Diese ist, um es klar zu sagen, unbefriedigend. Übrigens auch ein Ergebnis des enormen Stellenzuwachses, der zu einer Verschlechterung der Statistik führt.

Stand 30.09.2016 waren rund 2.700 Stellen unbesetzt!

Dies entspricht einer Besetzungsquote von 91 Prozent. In einzelnen Fachrichtungen, die den so genannten Mangelberufen entsprechen, liegt sie sogar darunter.

Hinzu kommen die Stellen, die beschlossen, aber noch nicht geschaffen sind oder noch beschlossen werden. Wir haben die Besetzungsquoten der Referate und Dienststellen über die letzten 12 Monate ausgewertet und die Vakanzen in den Teilhaushalten der Referate berücksichtigt. Hierfür werden wir im Rahmen des Schlussabgleichs noch eine Reserve einplanen.

Mein Haus wird alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um den Personalstand zu erhöhen und die Besetzungsquote weiter zu steigern.

Die Beschleunigung der Laufzeiten der Stellenbesetzungsverfahren liegt im vitalen Interesse des POR. Seit Jahren wird im POR kontinuierlich daran gearbeitet, Auswahlprozesse zu optimieren und zu beschleunigen.

Ein wichtiger Baustein hierfür ist das **neue E-Recruiting-System** des POR, das einen ersten Anwendungsbereich der vollständigen elektronischen Dokumentenverwaltung darstellt.

Das E-Recruiting-System soll die Personalbeschaffung durch den Einsatz elektronischer Medien vereinfachen und unterstützen. Es umfasst den gesamten Personalentwicklungsprozess für interne und externe Bewerbungen beginnend bei der Bedarfsanforderung bis hin zur Stellenbesetzung und zur Vermittlung von leistungseingeschränktem Personal.

Die laufenden Stellenbesetzungsverfahren werden durch das E-Recruiting System transparenter, da der jeweils aktuelle Stand der Verfahren für alle Beteiligten abrufbar ist. Der medienbruchfreie Austausch von Daten ermöglicht mittelfristig eine Verkürzung der Laufzeiten. Ebenso sind Kosteneinsparungen zu erwarten, da der Kontakt mit den Bewerberinnen und Bewerbern vollständig per E-Mail möglich ist.

Der stufenweise Echtbetrieb des Systems steht unmittelbar bevor. Läuft dies reibungslos, soll ab dem neuen Jahr der komplette Echtbetrieb starten.

Aber auch das beste E-Recruiting-System kann geeignete Bewerberinnen und Bewerber nicht herbeizaubern, womit ich bei meinem **Punkt 3 angekommen wäre – Gutes Personal fällt nicht vom Himmel.**

Wir haben jetzt schon große Schwierigkeiten, geeignetes Personal für bestimmte Bereiche zu akquirieren, zum Beispiel im Gesundheitsdienst, in der Informationstechnik und im Erziehungsbereich sowie in fast allen Ausbildungsberufen. Als Folge müssen wir unsere Aktivitäten in der Personalgewinnung weit über München hinaus, bayern – und deutschlandweit ausdehnen.

Mittel- und langfristig sehe ich hierbei das immer größer werdende Missverhältnis zwischen den Lebenshaltungskosten in München und der Gehaltsentwicklung im Öffentlichen Dienst als unser größtes Problem. Als Gegenmittel brauchen wir natürlich weiterhin eine regelmäßige lineare Anpassung der Gehälter. Das haben wir aber nur bedingt in der Hand. Wir müssen an die Lebenshaltungskosten ran und das geht in München hauptsächlich beim Wohnen.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Austrittsbefragungen bei ausgeschiedenen Mitarbeitern, nannten fast 30 Prozent als Grund *„die neue Wohnung liegt näher am Arbeitsplatz“*.



Hier müssen wir als Stadt und fürsorgliche Arbeitgeberin tätig werden und helfen. Unseren neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Nachwuchskräften und Auszubildenden genauso, wie Bestandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern in den eher unteren Einkommensgruppen.

Mein Credo für die nächsten Jahre ist daher eindeutig: Die Landeshauptstadt München muss künftig deutlich mehr Wohnungen auch für ihre Beschäftigten bauen.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Wohnungen, sondern diese müssen auch entsprechend attraktiv und geeignet sein. Gerade in Lebensphasen, in denen zum Beispiel eine Familiengründung ansteht oder eine bestehende Familie sich durch Nachwuchs vergrößert.

Es darf nicht sein, dass sich städtische Mitarbeiter einen neuen Job suchen müssen – womöglich noch außerhalb Münchens, damit sie sich das Haus oder die größere Wohnung leisten können, das sie für ihre Kinder und die, die noch in Planung sind, benötigen!

Der Freistaat Bayern steht für seine Beschäftigten in München vor der gleichen Herausforderung. Deshalb ist für mich die Zusammenarbeit mit dem Freistaat eine Option, die ich intensiv prüfen will.

Um das Thema Wohnungen für städtische Bedienstete voranzutreiben, habe ich diese Aufgaben als Koordinierungsstelle ‚Mitarbeiter Wohnen München – MiWoMü‘ bei mir im Planungsstab angesiedelt.

Damit möchte ich die Belange der städtischen Bediensteten auf der einen Seite intern stärken. Zum anderen ist es für mich von großer Bedeutung, auch über den Tellerrand zu schauen und eine größere Zusammenarbeit mit unseren Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften zu forcieren.

Neben dem wichtigen Thema Wohnen ist für mich auch die **Zufriedenheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** ein entscheidender Faktor, um eine attraktive Arbeitgeberin zu sein.

Zweck der ersten stadtweiten Mitarbeiterbefragung **Great Place To Work – GPTW** im Sommer 2013 war es, Kenntnisse über die Zufriedenheit der Beschäftigten zu gewinnen und auf dieser Basis Maßnahmen zu entwickeln, um Leistungsfähigkeit und -bereitschaft zu fördern, gesunde Arbeitsbedingungen sicherzustellen sowie Fluktuation durch Bindung an den Arbeitgeber zu verringern.

Ziel sollte daneben auch sein, als gute Arbeitgeberin wahrgenommen zu werden, gerade auch im Hinblick auf die Personalgewinnung.

Es wurde zum ersten Mal ein umfassender, stadtweiter Prozess in dieser Hinsicht angestoßen und eine Vielzahl von Maßnahmen gemeinsam mit den Beschäftigten entwickelt und umgesetzt.

Der Stadtrat wurde zuletzt im VPA am 08.06.2016 über den Stand der Maßnahmenumsetzung auf stadtweiter Ebene, über die identifizierten Handlungsfelder der Referate und Eigenbetriebe und über die Ergebnisse der im Dezember 2014 durchgeführten Befragung ‚GPTW-Barometer‘ informiert.

Im September beschloss der Stadtrat die Verlängerung der GPTW-Koordinatorinnenstellen um ein weiteres Jahr, da bereits erkennbar war, dass viele Maßnahmen noch in der Erarbeitung sind bzw. noch nicht lange genug wirken konnten, um auch bei den Beschäftigten anzukommen.

Die Erkenntnis, dass viele Maßnahmen nicht über Nacht umsetzbar bzw. spürbar sind, bestätigt sich immer wieder und muss nach meiner Einschätzung bei der Terminierung einer Folgebefragung – die es auf jeden Fall geben soll – berücksichtigt werden.

Der GPTW-Folgeprozess, der auf vielen Feldern auch einen Kulturwandel bedeutet – denken sie nur an Themen wie zum Beispiel Führung oder Umgang mit Konflikten – ist ein Marathonlauf. Und bei einem Marathon halte ich auch nicht auf halber Strecke, um zu fragen wie es bisher so war, sondern ich laufe bis ins Ziel.

Aus diesen Gründen glaube ich, dass wir uns, in Anbetracht der noch vor uns liegenden Arbeit an den Themen aus GPTW, gut überlegen müssen, wann eine Folgebefragung sinnvoll ist. Meiner Meinung nach macht sie erst dann Sinn, wenn die Maßnahmen umgesetzt sind und wirken können.

Lassen Sie mich aber auch klarstellen, dass die Zeit bis zu dieser Folgebefragung keine verlängerte Pause ist und kein lockeres Auslaufen. Es gilt, um im Bild zu bleiben, die noch offenen Kilometer des Marathons mit unveränderter Anstrengung und Konzentration anzugehen.

Wie bereits in der Bekanntgabe im Juni angekündigt, wird mein Referat dem Stadtrat 2017 Vorschläge zu den Rahmenbedingungen und zum richtigen Zeitpunkt einer Befragung unterbreiten.

Und nun noch zu **Punkt 4 – Herausforderungen der Digitalisierung.**

Mir ist dazu ein Zitat von Steve Jobs untergekommen. Der hat die Firmenphilosophie von Apple mal wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Wir lassen die Knöpfe auf dem Bildschirm so gut aussehen, dass du sie ablecken willst.“

Zugegeben, es wäre etwas vermessen, wenn dies das Ziel einer städtischen IT sein sollte. Als Personalreferent wäre ich allerdings schon froh, wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht regelmäßig vor dem Bildschirm verzweifeln.

Auch zehn Jahre nach Beginn der LiMux-Migration sind die Userinnen und User der LHM unzufrieden und klagen über die unzureichende IT-Unterstützung in der täglichen Arbeit.

Der LiMux-Client erfüllt nur die Basisanforderungen weitgehend. Meist ist die grundsätzliche Funktionsfähigkeit gegeben, jedoch weder intuitiv noch effizient zu bedienen, hinzu kommen Abstürze, kurze Störungen und Darstellungs- und Druckfehler, besonders bei der Verwendung von LibreOffice.

Auch das POR hat regelmäßig Probleme mit neuer Software, vor allem mit dem effizienten Einsatz von SAP-Produkten unter dem Basisclient, da Standardfunktionalitäten wie zum Beispiel Schriftguterstellung, die im SAP-Microsoft-Umfeld problemlos und automatisiert funktionieren würden, bei uns nicht realisierbar sind. Dies führt zu erheblichem manuellem Zusatzaufwand in der SAP-Sachbearbeitung.

Der Austausch mit externen Empfängern ist auf Basis von LibreOffice nur eingeschränkt möglich, da es immer wieder zu Darstellungs- und Formatierungsproblemen beim Dateiaustausch kommt.

Neue Beschäftigte der LHM erwarten moderne IT-Arbeitsplätze. Diese Erwartung erfüllt die LHM mit den derzeit zur Verfügung gestellten LiMux-Arbeitsplätzen nur bedingt. Diese werden meist als technischer Rückschritt empfunden und haben somit gerade auf Bewerberinnen und Bewerber eher abschreckende Wirkung.

Die rigorose OpenSource-Strategie bei der Umsetzung von IT-Vergaben der LHM hatte und hat zudem zur Folge, dass etablierte, am Markt verfügbare, sinnvolle Standard-Lösungen gegebenenfalls nicht zum Zuge kommen. Der Ansatz, durch den Einsatz von OpenSource Kosten zu sparen und sich von großen Herstellern unabhängig zu machen, hat sich aus meiner Sicht nicht erfüllt.



Qualitativ hochwertige, kommerzielle Software von etablierten, professionellen Partnern, die es den Dienstkräften der LHM ermöglicht, effizient und produktiv zu arbeiten, hat eben ihren Preis.

Andererseits sorgt sie dafür, sich umständliche, zum Teil auch personalintensive Workarounds und Hilfsprozesse sparen zu können.

Mit der bevorstehenden Neuorganisation der städtischen IT muss es aus Sicht des POR gelingen, die vielen positiven Entwicklungen aus sechs Jahren Umsetzung des MIT-Konkret Projektes zu bewahren und die erkannten Defizite auf der organisatorischen und prozessualen Seite auszugleichen. Wir müssen die unterschiedlichen Vorschläge sorgfältig abwägen, dürfen aber die Entscheidung über die Neuorganisation keinesfalls auf die lange Bank schieben. Dies schulden wir unseren IT-Schaffenden, die trotz schwierigen Rahmenbedingungen einen hervorragenden Job leisten.

Wir müssen aber auch im Hinblick auf die Personalgewinnung bald wissen, wie es mit der städtischen IT weitergeht. Denn Bewerberinnen und Bewerber wird es schon stark interessieren, ob sie bei der Stadt, einem Eigenbetrieb oder einer IT-GmbH angestellt sein werden.

Ich darf zum Schluss kommen:

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen städtischen Beschäftigten für die geleistete Arbeit sehr herzlich bedanken.

Ihr Einsatz ist nicht selbstverständlich und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im vergangenen Jahr die viel zitierte ‚Extra-Meile‘ gegangen, die aufgrund der Herausforderungen oft auch nötig war. Ich denke hier nur an die Themenfelder Flüchtlinge und Integration.

Jede und jeder einzelne von ihnen hat hier dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit unserer Stadtverwaltung zu demonstrieren und damit München als lebens- und lebenswerte Großstadt zu erhalten.

Im kommenden Jahr kann ich für die Arbeitgeberin Landeshauptstadt München betriebsbedingte (Beendigungs-) Kündigungen ausschließen. Auch wenn dies bei der Landeshauptstadt München schon Tradition hat, kann diese für unsere Beschäftigten abgegebene Garantie nicht hoch genug bewertet werden. Für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber sind wir ein Arbeitgeber, der als sozial und verlässlich gilt.



Ich danke den Mitgliedern des ehrenamtlichen Stadtrates, der Stadtspitze, den Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Referates, den Geschäfts- und Personalstellen der Referate, der Stadtkämmerei, der Personalvertretung und der Gleichstellungsstelle bereits an dieser Stelle für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit. Sie haben mir damit den Einstieg in meine neue Aufgabe sehr erleichtert.

Ich verbinde das mit dem festen Willen und Wunsch, auch in den kommenden Jahren gemeinsam alles Notwendige für das Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Stadtgemeinschaft zu tun.

In diesem Sinne, packen wir's an!"

Anhang zur Haushaltsrede 2017 von Personal- und Organisationsreferent Dr. Alexander Dietrich:

Stellenplan

Per Saldo haben wir im Gemeindehaushalt zum 31.07.2016 eine erhebliche Steigerung des Stellenbestandes um +1.425,8 Stellen zu verzeichnen.

| Stellenstand Gemeindehaushalt* | | | |
|---------------------------------------|------------------|------------------|--------------------|
| | Juli 2015 | Juli 2016 | Veränderung |
| Beamte | 13.076,0 | 13.830,5 | 754,5 |
| Tarifbeschäftigte | 14.714,5 | 15.385,8 | 671,3 |
| Gesamtsumme | 27.790,5 | 29.216,3 | 1.425,8 |

*in Vollzeitäquivalente

Neue Aufgaben aufgrund von Gesetzesänderungen, Stadtratsbeschlüssen oder auch die Ausweitung bestehender Aufgaben führen zu einer stetigen Zunahme des Stellenbestands.

Im vergangenen Betrachtungszeitraum (August 2015 bis einschließlich Juli 2016) waren die größten Steigerungen im Baureferat, im Kommunalreferat, im Referat für Gesundheit und Umwelt und im Sozialreferat (unter anderem Flüchtlingshilfe, Impfungen, Unterkunftsvermittlung; +498), bei der Kinderbetreuung (+271), für den Schul- und Kitabau 2020/2030 (+228) und im Bereich des Kreisverwaltungsreferates (unter anderem Bürgerbüro, Geschäftsleitung, Branddirektion; +193) zu verzeichnen.

Personalauszahlungen 2017

| € | 2016 | 2017 | Veränderungen gegenüber Schlussabgleich 2016 | in % |
|---|---------------|---------------|---|-------|
| Aktive (Gr. 490.0) | 1.641.095.949 | 1.781.287.468 | 140.191.519 | 8,54% |
| Versorgung (Gr.490.1) | 294.247.200 | 297.371.650 | 3.124.450 | 1,06% |
| Beihilfe Versorgungsempfänger (Gr. 490.2) | 44.500.000 | 47.300.000 | 2.800.000 | 6,29% |
| Gesamt (Gr. 490) | 1.979.843.149 | 2.125.959.118 | 146.115.969 | 7,38% |
| Gesamt Beihilfe Versorgungsempfänger und Versorgung (Gr.490.1 und Gr. 490.2) | 338.747.200 | 344.671.650 | 5.924.450 | 1,75% |

Die Summe der Personalauszahlungen 2017, einschließlich Beihilfen und Versorgung, beträgt zum Stand der Detailplanung Haushaltsentwurf 2017 im Frühjahr 2016 rund 2,13 Milliarden Euro. Gegenüber dem Stand Schlussabgleich 2016 mit 1,98 Milliarden Euro entspricht dies einer Erhöhung um rund 146 Millionen Euro oder 7,38 Prozent.



GL-RC/PeCon

| Bereich | Kennzahl | Einheit | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2014 zu 2015 |
|---|--|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|-----------------------------|
| Personalstruktur/ -gewinnung / -erhalt | Kernbeschäftigte | abs. | 31.020 | 31.076 | 31.122 | 31.834 | 32.623 | 33.927 | 1304 |
| | Kernbeschäftigte VZÄ | VZÄ | 26.692,6 | 26.831,7 | 26.966,8 | 27.618,4 | 28.350,3 | 29.509,0 | 1.159 |
| | Frauenanteil ¹⁾ | % | 54,9 | 54,9 | 55,3 | 56,2 | 56,6 | 57,0 | 0,4 |
| | Anteil der Mitarbeiter/-innen 50 und älter ¹⁾ | % | 35,2 | 36,0 | 37,0 | 37,7 | 38,5 | 39,0 | 0,5 |
| | Durchschnittsalter ¹⁾ | abs. | 44,23 | 44,46 | 44,69 | 44,85 | 44,95 | 44,96 | 0,01 |
| | Führungskräfteanteil ¹⁾ | % | -- | 8,9 | 8,9 | 8,9 | 8,7 | 8,8 | 0,1 |
| | Fluktuationsquote gesamt ²⁾ | % | 7,2 | 7,5 | 7,6 | 7,2 | 6,9 | 7,2 | 0,3 |
| | Echte Fluktuation (Quote) | % | -- | -- | -- | 2,3 | 2,1 | 2,4 | 0,3 |
| | Einstellungen externer Arbeitsmarkt | abs. | 2.195 | 2.083 | 1.953 | 2.739 | 2.855 | 3.362 | 507 |
| | Anteil Frauen bei Einstellungen | % | 59,0 | 61,8 | 63,3 | 65,7 | 62,6 | 61,8 | -0,8 |
| | Anteil befristete Beschäftigungsverhältnisse | % | 3,8 | 3,7 | 3,8 | 4,3 | 4,8 | 4,9 | 0,1 |
| | Beschäftigte in Ausbildungsverhältnissen | abs. | 1.003 | 985 | 907 | 967 | 1.046 | 1.570 | 524 |
| | Ausbildungsquote | % | 3,1 | 3,1 | 2,8 | 3,0 | 3,1 | 4,4 | 1,3 |
| | Ausbildungsbeginn 1.9./1.10. (ohne Erzieher- bzw. Berufspraktikanten) | abs. | 246 | 260 | 242 | 259 | 313 | 695 | 382 |
| | Beurlaubte | abs. | 2.028 | 1.945 | 1.877 | 1.859 | 1.917 | 1.852 | -65 |
| Durchschnittl. Beurlaubungsdauer in Elternzeit und Beurlaubung zur Betreuung eines Kindes in Monaten | abs. | 12,3 | 11,9 | 14,1 | 14,4 | 15,0 | 13,0 | -2 | |
| Anteil der Rückkehr aus Elternzeit ³⁾ | % | 81,2 | 81,2 | 85,3 | 85,7 | 89,2 | 91,1 | 1,9 | |
| Attraktive Arbeitsbedingungen | Mitarbeitergespräch-Durchführungsquote | % | 75,8 | 70,4 | 73,5 | 75,2 | 77,1 | 74,2 | -2,9 |
| | Teilzeitquote (ohne ATZ) ¹⁾ | % | 27,1 | 28,3 | 30,1 | 31,5 | 32,6 | 33,2 | 0,6 |
| | Anteil Frauen bei Teilzeitbeschäftigten ¹⁾ (ohne ATZ) | % | 83,3 | 83,4 | 83,7 | 83,9 | 83,5 | 83,4 | -0,1 |
| | Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote | % | 8,2 | 8,1 | 8,4 | 8,4 | 8,6 | 9,0 | 0,4 |
| | Krankheitsfälle je Beschäftigter | abs. | 3,4 | 3,3 | 3,2 | 3,3 | 3,3 | 3,5 | 0,2 |
| Berufliche Entwicklung | Anteil Frauen bei Beförderungen / Höhergruppierungen | % | -- | -- | -- | 54,6 | 61,4 | 64,3 | 2,9 |
| | Besetzungsunterschied w/m bei Ausschreibungen (Geschlechtsspezifische Differenz der jeweiligen Anteile von Besetzungen an Bewerbungen Positiver Wert zu Gunsten der Frauen) | %-Punkte | -- | -- | -- | 5,6 | 5,1 | 5,0 | -0,1 |
| | Besetzungsunterschied w/m FuPo bei Ausschreibungen (Geschlechtsspezifische Differenz der jeweiligen Anteile von Besetzungen an Bewerbungen Positiver Wert zu Gunsten der Frauen) | %-Punkte | -- | -- | -- | 28,7 | 9,3 | 8,6 | -0,7 |
| | Anteil Frauen in Führung ¹⁾ | % | 42,1 | 43,6 | 45,7 | 46,4 | 47,1 | 47,2 | 0,1 |
| | Führungsunterschied w / m (Geschlechtsspezifische Differenz der jeweiligen Anteile von Führungspositionen Positiver Wert zu Gunsten der Frauen) | %-Punkte | -- | -- | -- | -3,5 | -3,3 | -3,5 | -0,2 |
| Anteil Führungskräfte in Teilzeit ¹⁾ | % | 13,5 | 15,5 | 16,6 | 17,7 | 18,9 | 19,6 | 0,7 | |
| Erhalt / Förderung der Leistungsfähigkeit | Schwerbehindertenquote nach SGB IX | % | 7,27 | 7,64 | 7,40 | 7,35 | 7,41 | 7,45 | 0,04 |
| | Dienstkräfte mit Schwerbehinderung ¹⁾ | abs. | 1.770 | 1.825 | 1.867 | 1.961 | 2.032 | 2.095 | 63 |
| | Anteil von Nachwuchskräften mit Schwerbehinderung im Verwaltungsbereich zum Ausbildungsbeginn 1.9./1.10. | % | -- | -- | -- | 4,2 | 5,7 | 2,6 | -3,1 |
| Frauenanteil bei Nachwuchskräften mit Schwerbehinderung | % | -- | -- | -- | 37,5 | 40,0 | 68,8 | 28,8 | |

¹⁾ nur Kernbeschäftigte (ohne Beschäftigte in Ausbildungsverhältnissen und Bundeszivildienst., Beurlaubte und Beschäftigte ohne Zahlungen)

²⁾ ab 2013 bezogen auf Kernbeschäftigte

³⁾ Hier fließen auch Fälle ein, die im Anschluss an eine Elternzeit eine unbezahlte Beurlaubung beantragen und dazwischen einen ggf. noch vorhandenen Resturlaubsanspruch von vor der Elternzeit einbringen (müssen).

Zwei neue Mitglieder für den Münchner Stadtrat

(15.11.2016) Mit dem Ausscheiden von Max Straßer und Christian Amlong aus dem Stadtrat gibt es im November zwei Personalwechsel im ehrenamtlichen Stadtparlament. In der heutigen Vollversammlung wurde Dorothea Wiepcke als neue Stadträtin vereidigt. Sie ist bereits seit 1. November Mitglied der CSU-Fraktion im Stadtrat und folgte auf Max Straßer, der zum Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG bestellt worden war und deshalb Ende Oktober aus dem Stadtrat ausgeschieden ist.

Der zweite personelle Wechsel vollzieht sich in der SPD-Fraktion. Die Vollversammlung bestätigte das Ausscheiden von Stadtrat Christian Amlong aus dem Stadtrat zum 20. November. Er tritt zum 21. November seinen Posten als Geschäftsführer bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG an. Für Amlong rückt Renate Kürzdörfer als Mitglied der SPD-Fraktion in den Stadtrat nach.

Oswald Utz als Behindertenbeauftragter wiedergewählt

(15.11.2016) Der Stadtrat hat in seiner heutigen Vollversammlung Oswald Utz als ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten für eine weitere Amtsperiode bestellt. Schwerpunkt seiner Arbeit soll die Erstellung des 2. Aktionsplans für die Belange der Münchner Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen sein. Oswald Utz war im Juli von der Vollversammlung des Behindertenbeirats wiedergewählt worden, es ist seine vierte Amtsperiode als Behindertenbeauftragter der Landeshauptstadt.

Klaus Doldinger erhält Kulturellen Ehrenpreis der Landeshauptstadt

(15.11.2016) Der Musiker und Komponist Klaus Doldinger wird für sein Lebenswerk mit dem Kulturellen Ehrenpreis der Landeshauptstadt München ausgezeichnet. Mit der Entscheidung hat der Stadtrat in seiner heutigen Vollversammlung die Beschlussfassung des Kulturausschusses auf Empfehlung einer Jury vom 27. Oktober bestätigt.

Der Kulturelle Ehrenpreis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird jährlich an eine Persönlichkeit von internationaler Ausstrahlung mit engem Bezug zu München für ihre kulturellen bzw. wissenschaftlichen Leistungen vergeben.

Die Preisträgerinnen und Preisträger der vergangenen Jahre waren Dieter Hildebrandt, Senta Berger, Jürgen Habermas, Uwe Timm, Werner Herzog und zuletzt Herlinde Koelbl.

Jurybegründung:

„Mit Klaus Doldinger wird ein legendärer Musiker und Komponist ausgezeichnet, der dem deutschen Jazz weltweit zu großer Anerkennung verhalf. Über 5.000 Live-Auftritte, Tourneen durch mehr als 50 Länder sowie die stattliche Zahl von mehr als 2.000 veröffentlichten Kompositionen geben Zeugnis von einer einzigartigen Schaffenskraft, die bis heute noch andauert. Klaus Doldinger hat sich zum Glück für seine zahlreichen Fans auch mit achtzig Jahren noch nicht zur Ruhe gesetzt und ist immer noch auf internationalen Bühnen höchst erfolgreich zuhause.

Seine frühe Begabung und sein vielfältiges Interesse an der Musik zeigt sich schon daran, dass der 1936 Geborene bereits im Alter von elf Jahren als Sonderstipendiat am damaligen Robert-Schumann-Konservatorium in Düsseldorf unter anderem Klarinette, Klavier, Harmonielehre und Musiktheorie studierte; später folgten noch ein Tonmeister- und Musikwissenschaftsstudium. Doch schon mit sechzehn Jahren faszinierten ihn der Jazz und das Saxophon – und nur drei Jahre später gründete er mit ‚Oskars Trio‘ seine erste Band. Die größten Erfolge feiert er wohl bis heute mit seiner 1972 gegründeten Formation ‚Passport‘, mit der er nicht weniger als 35 Alben aufnahm und die durch eine besondere Art der Verschmelzung von unterschiedlichen Musikstilen international Maßstäbe setzte.

Aber auch als Filmkomponist ist Klaus Doldinger nicht weniger bekannt: Die höchst eingängige Tatort-Melodie ist seit mehr als vier Jahrzehnten als Erkennungszeichen in den deutschen Wohnzimmern zuhause, und seine Musik zu Blockbustern wie ‚Das Boot‘ oder ‚Die unendliche Geschichte‘ hat den Weg in die internationalen Kinos gefunden.

Darüber hinaus hat er sich als Mitglied des künstlerischen Beirates der Union deutscher Jazzmusiker und Aufsichtsratsmitglied der GEMA auch für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Klaus Doldingers musikalisches Schaffen wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Mit dem Kulturellen Ehrenpreis soll nun darüber hinaus seine langjährige Verbundenheit zur Landeshauptstadt München und sein großartiges Lebenswerk in seiner Gesamtheit gewürdigt werden.“

Der Jury unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Schmid gehörten an: Dr. Thomas Girst (BMW), Tanja Graf (Literaturhaus München), Diana Iljine (Filmfest München), Herlinde Koelbl (Preisträgerin 2015), Andrian Kreye (Süddeutsche Zeitung) sowie Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und aus dem Stadtrat Richard Quaas und Walter Zöllner (beide CSU-Fraktion), Klaus Peter Rupp und Christian Vorländer (beide SPD-Fraktion) und Dr. Florian Roth (Die Grünen/Rosa Liste),

Der Preis wird am 14. Februar durch Oberbürgermeister Dieter Reiter im Rahmen einer geschlossenen Feier überreicht.

Informationen zum Kulturellen Ehrenpreis im Internet unter www.muenchen.de/kulturfoerderung unter „Preise“

Tukan-Preis für „Was glaubt ihr denn. Urban Prayers“

(15.11.2016) Der Autor, Dramaturg und Künstler Björn Bicker wird für sein Buch „Was glaubt ihr denn. Urban Prayers“ (Verlag Antje Kunstmann) mit dem Tukan-Preis der Stadt München ausgezeichnet. Dies hat die Vollversammlung des Münchner Stadtrats auf Empfehlung einer Jury heute beschlossen. In seinem Buch thematisiert Bicker die Auseinandersetzung mit Religionsgemeinschaften und den von ihren Mitgliedern gelebten Wertvorstellungen in einer sogenannten „postsäkularen Gesellschaft“.

Der mit 6.000 Euro dotierte Tukan-Preis zeichnet jährlich eine sprachlich, formal und inhaltlich herausragende literarische Neuerscheinung aus. In die Auswahl kommen alle belletristischen Veröffentlichungen von Münchner Autorinnen und Autoren. Zur Diskussion standen in diesem Jahr insgesamt 60 Bücher, die von der Jury in vier Sitzungen besprochen und bewertet wurden.

Die Begründung der Jury:

„Was glaubt ihr denn. / Wer wir sind. / Was wir glauben. / (...) Wo wir beten. / (...) Wo wir euch begegnen könnten. / Wo wir euch begegnen wollen.“ So spricht der ‚Chor der gläubigen Bürger‘ zu Beginn von Björn Bickers Buch. Die gläubigen Bürger, das sind Pfingstler, Freikirchler, Juden, Muslime, Hindus, Sikhs, Buddhisten und andere, meist mit Migrationshintergrund, denen eine weitgehend säkulare Mehrheitsgesellschaft oft ignorant gegenübersteht. Bicker lässt sie zu Wort kommen, wobei es ihm weniger um die Glaubensinhalte selbst geht, als um das Verhältnis der Gläubigen zu ihrem sozialen und politischen Umfeld: der Ort ist München, eine ‚religiöse Megacity‘. Bestimmte Themenbereiche – wie Beten, Bauen, Heiraten oder Wählen – lose umkreisend, arrangiert Bicker eine Vielzahl anonym bleibender, sich wiederholender, bestärkender, korrigierender, aber auch widersprechender Stimmen zu einem sprachlich raffinierten religiösen ‚Gebetsteppich‘, in den einzelne, immer wieder auftauchende Gesprächsfäden eingewoben sind, die die Erfahrungen unter anderem einer Lehrerin, einer Journalistin, eines Sozialarbeiters widerspiegeln.

‚Was glaubt ihr denn‘ ist ein ebenso außergewöhnliches wie überzeugendes Buch zu dem wohl wichtigsten Thema unserer Zeit: der Auseinandersetzung mit Religionsgemeinschaften und den von ihren Mitgliedern gelebten Wertvorstellungen in einer sogenannten ‚postsäkularen Gesellschaft‘. Bicker wertet nicht. Ausgehend von zahllosen Gesprächen, die zunächst zu einem Theaterprojekt verarbeitet wurden (‚Urban Prayers‘), kondensiert er Originaltöne zu knappen Repliken, fächert form- und stilbewusst, mit Subtilität und Witz die ganze Bandbreite religiöser Haltungen und Meinungen auf, wirft dabei auch die Frage nach den Gründen für das Erstarken der Religiosität auf und wie mögliche religiöse Konflikte zu moderieren seien. Eine junge Frau trägt Kopftuch – und versteht das als Protest gegen eine

materialistische Welt, die ihr zuwider ist. Und ein katholischer Pfarrer aus dem Kongo, dem die eigene Kirche nicht viel Rückendeckung gewährt, plädiert für das ‚Palaver-Prinzip‘ als ein durch Miteinanderreden herzustellender Konsens.

Björn Bickers Buch ist somit mehr als eine quasidokumentarische Bestandsaufnahme gelebten Glaubens. Es ist ein literarisch beeindruckendes Buch des Respekts, der Neugier und der Empathie, das, ohne appellativ zu sein, nicht zuletzt für ein Aufeinanderzugehen wirbt.“

Bicker, geboren 1972, arbeitete als Dramaturg am Wiener Burgtheater und an den Münchner Kammerspielen, entwickelte als Künstler theatrale Stadtprojekte an der Grenze zwischen Kunst und Politik, zuletzt im Auftrag des Goethe-Instituts zur Architektur-Biennale Venedig 2016 „The Veddel Embassy: Representing Germany“. Er schrieb Prosa, Theaterstücke, Hörspiele und Essays. 2013 veröffentlichte er den Roman „Was wir erben“.

Der Jury des Tukan-Preises gehörten in diesem Jahr an: Gisela Fichtl (Literaturredakteurin), Professorin Dr. Annette Keck (Ludwig-Maximilians-Universität), Günter Keil (Literaturjournalist), Dr. Franz Klug (Buchhandlung Lentner), Wolfgang Seibel (Literaturjournalist), Antje Weber (Süddeutsche Zeitung) sowie aus dem Stadtrat Beatrix Burkhardt, Marian Offman (beide CSU-Fraktion), Kathrin Abele und Klaus Peter Rupp (beide SPD-Fraktion) sowie Thomas Niederbühl (Die Grünen/Rosa Liste).

Der Preis wird am Montag, 5. Dezember, ab 19 Uhr im Literaturhaus durch Stadtrat Klaus-Peter Rupp (SPD-Fraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters überreicht. Die Laudatio hält Alex Rühle. Für Musik sorgen Wiebke Puls und Ivica Vukelic mit Songs von Leonard Cohen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Anmeldung erbeten unter der Telefonnummer 29 19 34 27.

Weitere Informationen zum Preis unter www.muenchen.de/literatur.

München startet vorweihnachtliche Werbeoffensive

(15.11.2016) Im November startet München Tourismus mit seinen Partnern in der Tourismusinitiative München TIM e.V. eine vorweihnachtliche Werbeoffensive in den wichtigen Nahmärkten Österreich, Schweiz und Italien, die sich durch hohe Kaufkraft auszeichnen. In diesen Märkten ist die Reiseentscheidung, dank ihrer Nähe zu München und der guten Erreichbarkeit der bayerischen Metropole, schnell gefällt. Über Radiospots, Plakate, Printbeilagen, Online-Banner und weitere Maßnahmen werden potentielle München-Gäste dazu inspiriert, zum genussvollen Weihnachtsshopping nach München zu reisen.

Die Tourismuszahlen aus diesen Märkten entwickelten sich in den Monaten Juli, August und September zurückhaltend. Um die Tourismusströme

positiv zu beeinflussen, verstärken München Tourismus und TIM ihre Kommunikationsmaßnahmen.

Unterstützt wird die Kampagne von CityPartner München e.V., einer Initiative der Unternehmen aller Branchen in der Innenstadt, und muenchen.de, dem offiziellen Stadtportal für München mit bis zu 12 Millionen Seitenaufrufen im Monat.

Der für den Tourismus zuständige Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid: „Die Werbeoffensive zeigt, dass die Zusammenarbeit mit der Tourismuswirtschaft unbürokratisch und schnell funktioniert. Kooperation ist die Stärke des Münchner Modells, das die Kompetenzen von touristischen Leistungsträgern und München Tourismus effizient zusammenbringt.“

Die Werbemaßnahmen lenken die Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Möglichkeiten zum Shopping-Bummel im weihnachtlich geschmückten München. Die Christkindlmärkte locken mit typisch Münchner Produkten. Glühwein, Lebkuchen und Bratwurstsemmeln verführen dazu, eine lukulische Pause einzulegen und mit den Münchnerinnen und Münchnern am Stand ins Gespräch zu kommen. Der Einkaufstrip lässt sich entspannt mit Sightseeing verbinden, viele Sehenswürdigkeiten wie Asamkirche, Synagoge, Liebfrauenturm oder Residenz liegen in der Innenstadt auf dem Weg.

Rad- und Gehweg in der Grünanlage „Hofanger“ wird beleuchtet

(15.11.2016) Der Rad- und Gehweg, der in der Grünanlage „Hofanger“ verläuft, wird sicherer und komfortabler. Auf Antrag des Bezirksausschusses Perlach – Ramersdorf wird das Baureferat den westlichen Abschnitt zwischen Ottobrunner Straße und Adam-Berg-Straße beleuchten und asphaltieren. Der Weg verbindet die Wohnbebauung südlich und nördlich der Ständlerstraße mit der Ottobrunner Straße und der dort gelegenen Bushaltestelle. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen und dauern – je nach Witterung – voraussichtlich bis Anfang Dezember 2016.

Einweihung Ella-Lingens-Platz in Obergiesing

(15.11.2016) Der Bezirksausschuss 17 Obergiesing – Fasangarten lädt am Freitag, 18. November, zu einer Veranstaltung zur Einweihung des Ella-Lingens-Platzes. Mit der Benennung des Platzes im Umgriff des ehemaligen AGFA-Geländes an der Werner-Schlierf-Straße nach Ella Lingens (1908 – 2002) würdigt die Stadt eine Frau, die ihr gesamtes Leben dem Widerstand gegen das NS-Regime und der Unterstützung ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gewidmet hat.

Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr am Platz mit der Einweihung durch Monsignore Dirnberger. Anschließend wird die Feier im benachbarten Mo-

tel One, Tegernseer Landstraße 165, fortgesetzt. Nach einer Begrüßung durch die Bezirksausschuss-Vorsitzende Carmen Dullinger-Oßwald sprechen Dr. Barbara Distel, ehemalige Leiterin der Gedenkstätte Dachau, und Peter Michael Lingens, Sohn von Ella Lingens, der aus Wien angereist ist. Dr. Sabine Schalm vom Kulturreferat stellt pädagogische Materialien vor, die in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Dachau angefertigt wurden, um eine nachhaltige Vermittlungsarbeit zur Person von Ella Lingens und den Hintergründen des KZ-Außenlagers Agfa in Giesing zu fördern. Ab 16 Uhr gibt es Führungen an die Orte des Wirkens von Ella Lingens durch die Historikerin Dr. Karin Pohl. Der Eintritt ist frei.

Ella Lingens wurde 1942 von der Gestapo verhaftet. Nach ihrer Deportation nach Auschwitz und Dachau wurde sie nach München überführt, wo sie im Frauenaußenlager „Agfa-Kamerawerk“ als Ärztin Zwangsarbeit leisten musste und versuchte, in dieser Funktion die Situation der Frauen zu verbessern. 1980 wurde Ella Lingens für ihre Lebensleistung in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem mit der Ehrenmedaille „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Die Veranstaltung wird unterstützt vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München.

Die Benennung des Ella-Lingens-Platzes erfolgte nach Stadtratsbeschluss auf Initiative des Bezirksausschusses 17 im April dieses Jahres.

Pasinger Stadtpark: Führung zur aktuellen Gehölzpflege

(15.11.2016) Das Baureferat erläutert bei einer Führung am Samstag, 19. November, ab 10 Uhr die aktuell geplanten Maßnahmen der Gehölzpflege im Pasinger Stadtpark und lädt dazu interessierte Bürgerinnen und Bürger ein. Treffpunkt ist der Eingang des Stadtparks am Ende der Engelbertstraße. Die Führung wird zirka zwei Stunden dauern und findet bei jedem Wetter statt. Vertreter des Bund Naturschutz in Bayern e.V. und des Landesbundes für Vogelschutz sind ebenfalls eingeladen.

Die Gehölzpflege im Pasinger Stadtpark basiert auf einem Konzept, das seit Herbst 2012 schrittweise umgesetzt wird. Es hat zum Ziel, den wertvollen historischen Baumbestand des Stadtparks fortzuentwickeln und für die Zukunft einen dauerhaft gesunden und artenreichen Gehölzbestand zu erhalten. Dazu ist es unter anderem erforderlich, dicht stehende Baumgruppen zu lichten, um Jungbäumen Entwicklungschancen zu geben; nur so kann ein organischer Generationenwechsel wirksam unterstützt werden. Außerdem müssen Bäume aus Gründen der Verkehrssicherheit entfernt werden. Der Bezirksausschuss 21 Pasing – Obermenzing und die Untere Naturschutzbehörde sind über das Vorhaben informiert.

Ehrungen im Bereich der Münchner Volkskultur

(15.11.2016) Die Stadt München würdigt jährlich Persönlichkeiten und Gruppierungen aus dem Bereich der Münchner Volkskultur. Bei einem Festakt mit Bürgermeister Josef Schmid und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers wird am Freitag, 18. November, der Volkssänger und Kabarettist Jürgen Kirner mit der „Ehrenmedaille für Verdienste um die Volkskultur in München“ für sein Engagement in der Fortführung, Wiederbelebung und zeitgemäßen Interpretation der musikalischen Form des Couplets und die damit verbundene lebendige Weitergabe der Volkssängertradition ausgezeichnet. Die Musikerin Monika Drasch erhält den „Innovationspreis Volkskultur“ für ihr Projekt im Rahmen des Festivals LAUTyodeln, in welchem sie niederbayerische Ari'n in der Verknüpfung mit anderen Musikgenres in neuem Klanggewand präsentierte. Zudem werden rund 20 Münchner Volkskulturgruppen, die in diesem Jahr ein rundes Jubiläum feiern, mit einer Urkunde als Dank und Anerkennung für ihren geleisteten Beitrag zur Münchner Volkskultur geehrt. Der Festakt findet mit geladenen Gästen statt.

Aus der Begründung „Ehrenmedaille“:

„Jürgen Kirner hat sich in vorbildlicher Weise für die Volkskultur in München eingesetzt und sich um diese verdient gemacht. Bereits in den 1980er-Jahren zog ihn insbesondere die Volkssängerei in seinen Bann. Er war überzeugt, dass historische Couplets auch heute noch mit aktuellen Themen aus Gesellschaft und Politik zu füllen sind und die Menschen begeistern können. Eine logische Konsequenz war die Gründung seiner mittlerweile preisgekrönten und über die bayerischen Grenzen hinaus bekannte ‚Couplet AG‘. Mal derb, häufig frech, aber immer geistreich versteht es Jürgen Kirner wie kein Zweiter, die historische Liedform des Couplets zu entstauben und alltagstauglich zu machen.

Seine Aktivitäten reichen inzwischen weit über die ‚Couplet AG‘ hinaus. Zusammen mit dem Bayerischen Rundfunk betreut und gestaltet Jürgen Kirner erfolgreich die Sendereihe ‚Volkssängerrevue: Brettl-Spitzen‘. Dieses Format zeigt, wie lebendig die Volkssängertradition wieder in München und darüber hinaus in Bayern und Österreich ist. Daneben steht er im Münchner Stadtleben für zahlreiche Neuentwicklungen und Innovationen im Veranstaltungsbereich. Hierzu gehört das ‚Brunnenfest‘ auf dem Viktualienmarkt oder die ‚Münchner Vorstadthochzeit 1905‘. Der Volkssänger und Kabarettist gehört seit 2011 auch zum berufenen Kreis der süddeutschen Literatenvereinigung ‚Die Turmschreiber‘.

Für die großartigen Leistungen, speziell in der Fortführung und Wiederbelebung der Tradition der Volkssänger, die wie kein zweites Thema so typisch für die Münchner Volkskultur ist, gebührt Jürgen Kirner großer Respekt. Als kreativer Kopf und Ideengeber verhilft er der Liedform des Couplets zu

einer Renaissance und besetzt mit seinen Eigenkreationen erfolgreich eine musikalisch-kulturelle Nische, die zahlreiche Künstlerinnen und Künstler inspiriert.“

Aus der Begründung „Innovationspreis“:

„Die Sängerin, Geigerin und Multi-Instrumentalistin Monika Drasch fällt seit Jahren durch unkonventionelle Projekte auf, die Besonderheiten bayrischer Musik, des Dialekts oder der Literatur bearbeiten. So hat sie sich mit der aus dem Bayrischen Wald nach Amerika emigrierten Emmerenz Meier auseinandergesetzt, beschäftigt sich mit Martin Luther und denkt über ‚Freundschaft‘ nach, woraus sich eine musikalische Gruppierung mit Maria Reiter und ihrem Akkordeon ergibt. Darüber hinaus wirkt sie auch als Musikpädagogin.

Monika Drasch singt mit größter nur denkbarer Intensität, sie berührt die Zuhörerinnen und Zuhörer allein durch einfachste Melodien. Nicht die artifizielle Stimmführung, sondern ihre dynamische Kraft und beeindruckende Präsenz vermag zu bewegen. Ihre wissenschaftlich-musikalischen Kenntnisse verbindet sie kongenial mit ihrer Kreativität und ihrer künstlerischen Bühnenpräsenz.

In den Jahren 2015/2016 entwickelte sie zu dem zum ersten Mal in München veranstalteten Festival ‚LAUTyodeln‘ einen speziellen Beitrag über die niederbayrisch Ari‘, die eine sehr vom alpenländischen Jodler abweichende, melodiöse Jodlerform ist. Die alten, traditionellen Ari‘n verknüpft sie mit verschiedenen Sparten klassischer und neuer Musik, die sich ausgezeichnet mit den regionalen Melodien verträgt. Diese überraschenden Ausblicke zeigen, wie nah die Volksmusik angedockt werden kann an andere Musikformen. Beim alten Jodeln im neuen Gewand ist sie ganz in ihrem Element.

Dafür soll Monika Drasch den ‚Innovationspreis Volkskultur‘ 2016 erhalten.“

Über die Vergabe der Ehrungen entscheidet der Ältestenrat der Landeshauptstadt München auf Empfehlung des Kulturreferats.

Fachtag „Wohnen in München – auch mit Behinderung“

(15.11.2016) Viele Menschen können auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen oder Behinderung am Lebensalltag nur eingeschränkt teilhaben. Ziel des Fachtags „Wohnen in München – auch mit Behinderung und Einschränkungen!“ am Freitag, 18. November, von 9 bis 16 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, ist es, Anregungen und Informationen darzustellen und anzubieten, wie das Wohnen und das Wohnumfeld an alle Lebenslagen anpassbar bleibt. Ein weiteres Thema der Veranstaltung sind flexibel nutzbare Grundrisse für alle Lebenslagen oder die Beseitigung von baulichen Barrieren. Die Veranstaltung wird durchgeführt in Kooperation



mit dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München und mit der Unterstützung weiterer Verbände, Vereine und Initiativen.

Menschen mit eingeschränkten Fähigkeiten ist eines gemeinsam: Alleine sind sie häufig nicht in der Lage, individuelle Lösungen für ihre Probleme zu finden, sie können diese Probleme nicht aus eigener Kraft meistern und sind auf Information, Beratung und die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen. Diese Veranstaltung soll sowohl die Vernetzung und Kooperation der Fachleute und Initiativen untereinander verbessern, als auch zur Sensibilisierung der Münchner Stadtgesellschaft dienen und die Bürgerinnen und Bürger über die vorhandenen vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangebote in München informieren.

Der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen gibt es telefonisch unter der Nummer 54 63 66 – 0, im Internet unter www.muenchen.de/bauzentrum und per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 15. November 2016

Städtisches Telefonbuch allen Mitgliedern des Stadtrates und der Bezirksausschüsse zur Verfügung stellen!

Antrag Stadträte Georg Schlagbauer und Josef Schmid (CSU-Fraktion) vom 5.7.2013

Städtisches Telefonbuch neu auflegen und an den Stadtrat und die Bezirksausschüsse ausgeben!

Antrag Stadträte Richard Quaas und Georg Schlagbauer (CSU-Fraktion) vom 20.5.2016

Unhaltbare Zustände im Umfeld der Glyptothek am Königsplatz

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhöfer (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) vom 5.9.2016



Städtisches Telefonbuch allen Mitgliedern des Stadtrates und der Bezirksausschüsse zur Verfügung stellen!

Antrag Stadträte Georg Schlagbauer und Josef Schmid (CSU-Fraktion) vom 5.7.2013

Städtisches Telefonbuch neu auflegen und an den Stadtrat und die Bezirksausschüsse ausgeben!

Antrag Stadträte Richard Quaas und Georg Schlagbauer (CSU-Fraktion) vom 20.5.2016

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Die oben genannten Anträge fordern jeweils eine Verteilung von städtischen Telefonbüchern in gedruckter Form an die ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates sowie die Bezirksausschussmitglieder bzw. alternativ eine Aushändigung als Datenträger oder eine kostengünstige on- oder off-line-Lösung.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihrer Anträge betrifft die Bereitstellung von Telefonkontaktdaten der Stadtverwaltung und damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

Zu Ihren Anträgen vom 5.7.2013 und 20.5.2016 sowie zum Antrag des Bezirksausschusses 5 – Au – Haidhausen vom 11.5.2016 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Zur Umsetzung Ihrer Anträge hat das Direktorium die erneute Erstellung einer Print-Ausgabe des elektronischen Telefonbuchs, analog zur letzten Ausgabe im Dezember 2013, geprüft. Um einen solchen Ausdruck erstellen zu können, ist das Aufbereiten der elektronischen Telefonbuchdaten zu einer Druckvorlage Voraussetzung. Anlässlich der aktuellen Anträge wurde dazu eine Vergabe durchgeführt.

In der Folge müssen nun die Daten für den Neudruck ausgelesen, geprüft und modifiziert werden. So soll nach Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat beispielsweise sichergestellt werden, dass nur die Leitungsebene von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen im Telefonbuch aufgelistet wird. Anschließend erfolgt die Feinabstimmung der Druckvorlage mit dem für die Aufbereitung zuständigen, externen Dienstleister. Nach Abschluss der Vorarbeiten wird das Telefonbuch gedruckt und an die ehrenamtlichen



Mitglieder des Stadtrates verteilt. In Bezug auf die Verteilung des Telefonbuchs an die Bezirksausschüsse ist der Gesamtpersonalrat dem Wunsch der Bezirksausschüsse nachgekommen und hat einer Verteilung auch an die Fraktionssprecherinnen bzw. Fraktionssprecher sowie die Vorsitzenden der Unterausschüsse zugestimmt. Den bei einer Verteilung an alle Mitglieder der Bezirksausschüsse bestehenden Bedenken des Gesamtpersonalrates in Bezug auf den Arbeitnehmerschutz wird aber Rechnung getragen.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Der Antrag Nr. 14-20/B02367 des Bezirksausschusses 5 – Au-Haidhausen ist damit satzungsgemäß erledigt.

Unhaltbare Zustände im Umfeld der Glyptothek am Königsplatz

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilinhofer (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten)) vom 5.9.2016

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrer Anfrage vom 5.9.2016 führen Sie Folgendes aus:

„Die Zustände seitlich und rückwärts der Glyptothek am Königsplatz sind inzwischen aus mehreren Gründen unhaltbar geworden. Zum einen ist eine Verschmutzung festzustellen, die beispiellos gerade für diesen besonderen Ort ist. Außerdem halten sich regelmäßig immer mehr betrunkene und bis in die tiefe Nacht krakeelende Menschen im Umfeld auf. Auch zur Übernachtung wird der Bereich der Glyptothek genutzt, wobei im Gebüsch uriniert und die Notdurft verrichtet wird. Diese Form des Lagerns auf öffentlichen Plätzen ließe sich durch regelmäßige Kontrollen verhindern, zumal es sich weitgehend um dieselben Personen handelt.“

Zu Ihrer Anfrage vom 5.9.2016 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Sind der Stadt die unhaltbaren Zustände im Umfeld der Glyptothek bekannt?

Antwort:

Der Stadtverwaltung (Baureferat, Kreisverwaltungsreferat und Sozialreferat) ist die Situation im Umfeld der Glyptothek bekannt. In der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Wildes Campieren“ berichtete der Vertreter des Polizeipräsidiums, dass die Grünanlage an der Glyptothek schon seit vielen Jahren als Treffpunkt von Personen der Alkoholiker- bzw. Obdachlosenszene genutzt wird. Regelmäßige Kontrollen durch die Polizei sorgten jedoch dafür, dass es kaum zu Ordnungsstörungen kam. Seit einiger Zeit ist ein Anstieg der dort angetroffenen Personen zu verzeichnen, was aus Sicht der Polizei hauptsächlich am „Verdrängungseffekt“ vom Hauptbahnhof bzw. Alten Botanischer Garten liegen dürfte. Seit in diesen Bereichen die Polizeipräsenz und die damit verbundenen Kontrollen erhöht wurden, ist eine deutliche Abwanderung von Szeneangehörigen in andere Grünanlagen im Innenstadtbereich festzustellen. Die Zahlen angezeigter Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ist im Bereich Königsplatz/Glyptothek jedoch

kaum angestiegen. Bei der zuständigen Polizeiinspektion (PI) ist bislang auch noch keine Beschwerde wegen Ruhestörung eingegangen. Bei obdachlosen Personen, die die Grünanlagen zum Übernachten nutzten, wurden die Matratzenlager aufgelöst und Platzverweise erteilt. Die Beurteilung der Gesamtsituation führt aus Sicht der Polizei zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Örtlichkeit Königsplatz/Glyptothek nicht um einen Brennpunkt für Ordnungsstörungen handelt. Die zuständige Polizeiinspektion wird die Örtlichkeit weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten bestreifen und überwachen.

Laut Auskunft der Teestube „komm“ (Evangelisches Hilfswerk München) wird die Gegend um die TU-Mensa so oft wie möglich von den Streetworkerinnen und Streetworkern begangen. Dort werden Obdachlose unterschiedlicher Nationalitäten in wechselnder Zusammensetzung angetroffen. Die Personen werden über das Münchner Hilfesystem informiert und nach Möglichkeit in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe vermittelt. Die Streetworker treffen im Bereich Glyptothek/TU-Mensa einzelne Obdachlose an, die dort auch übernachten – jedoch wurden bislang keine größeren Lager oder Camps gebildet.

Frage 2:

Trifft es zu, dass die Pflege der Grünanlagen im Umfeld der Glyptothek von der Stadt wahrgenommen wird und somit auch die Zuständigkeit für die Ordnung der Grünanlagen bei der Stadt liegt?

Antwort:

Im unmittelbaren Gebäudebereich der Glyptothek, einschließlich Treppentufen und umliegender Podeste, ist der Freistaat Bayern in seiner Eigentümerstellung uneingeschränkt für den Unterhalt und die Pflege sowie für die Ausübung des Hausrechtes verantwortlich. Die Grünanlagen im Umfeld der Glyptothek befinden sich ebenfalls im Eigentum des Freistaates Bayern, der Unterhalt (Pflege und Reinigung) ist jedoch auf die Landeshauptstadt München und damit auf das Baureferat (Gartenbau) übertragen. Nur diese Flächen unterliegen der Grünanlagensatzung und werden entsprechend gepflegt.

Frage 3:

Wenn nein, hat die Stadt den Freistaat auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht und den Freistaat aufgefordert, diese zu beenden?

Antwort:

Dem Direktor der Glyptothek ist die Situation im Umfeld der Glyptothek selbstverständlich bekannt. Er hat bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen. Unter anderem hat er Kontakt zur Leitung der Streetworker und zum Leiter des nahegelegenen Haneberghauses (Obdachlosenbetreuung im Kloster St. Bonifaz) aufgenommen und mit dem zuständigen Bezirksausschuss und der Polizeiinspektion besprochen, wie Störungen durch obdachlose Personen oder auch durch dort feiernde Touristen und Partygänger verhindert bzw. reduziert werden können.

Um die Geruchsbelästigung und eine mögliche Schädigung des Gebäudes durch urinierende Personen (Obdachlose, „Partyvolk“ und Touristen) zu verhindern, hat die Glyptothek Ende September 2016 auf eigene Kosten eine mobile Toilettenkabine („Dixi-Klo“) aufstellen lassen.

Frage 4:

Wenn die Zuständigkeit bei der Stadt liegt: welche Maßnahmen hat die Stadt bislang ergriffen, um der Verschmutzung und der Lärmbelästigung sowie dem regelmäßigen Nächtigen in der Grünanlage entgegen zu wirken?

Antwort:

Die Grünanlagen im Umfeld der Glyptothek werden derzeit bereits über das üblicherweise ausreichende Maß hinaus gereinigt. So wurde der Reinigungsturnus einschließlich der Leerung der Abfallbehälter auf vier Termine pro Woche, einschließlich der Wochenenden ausgeweitet. Im Sommer 2016 sind zusätzlich drei Abfallbehälter mit je 100 Liter Fassungsvermögen aufgestellt worden. Die Platzsituation wird vom Baureferat/Gartenbau weiterhin laufend überprüft. Der Reinigungsturnus wird bedarfsgerecht angepasst und könnte dabei bis zu einem täglichen Betrieb erweitert werden.

Die Lärmbelästigung kommt aus Sicht des Sozialreferates weniger von den obdachlosen Personen, sondern größtenteils von Touristen und Münchner Feiern Gästen, die die Treppen der Glyptothek an warmen Sommerabenden zum Verweilen und Feiern nutzen. Auch das Müllaufkommen stammt teilweise von diesem Personenkreis. Um das Abfall- und Lärmproblem in den Sommermonaten besser in den Griff zu bekommen, wird das Sozialreferat (bei Bedarf) im kommenden Frühjahr/Sommer die AKIM-Stelle (Allparteiliches Konfliktmanagement in München) hinzuziehen.

AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse

vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz und rein kommunikativen Mitteln präsent ist.

Das Sozialreferat weist darauf hin, dass öffentliche Plätze, an denen man sich vor allem in den Sommermonaten aufhalten und treffen kann, ein Stück Lebensqualität darstellen. Münchnerinnen und Münchner sowie Touristen, die an einem Sommerabend auf den Stufen der Glyptothek bzw. am Königsplatz verweilen, sind aus Sicht des Sozialreferates nicht zwangsläufig ein ordnungspolitisches Thema.

Die obdachlosen Personen und/oder Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten, die sich im Bereich der Glyptothek/TU-Mensa aufhalten, werden im Auftrag des Sozialreferates von den Streetworkern regelmäßig aufgesucht und beraten. Handelt es sich um anspruchsberechtigte Personen, werden ihnen nach Möglichkeit auch Unterkunftsmöglichkeiten vermittelt. Das Sozialreferat und auch die Streetworker können die obdachlosen Personen jedoch nicht zwingen, die Angebote wahrzunehmen. Sollten sich im Bereich der Grünflächen um die Glyptothek Lager oder Camps bilden, werden diese in Abstimmung mit der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Wildes Campieren“ geräumt. Durch die Zunahme von obdachlosen Zuwanderinnen und Zuwanderern, vor allem aus den ärmeren EU-Staaten, hat sich die Anzahl der Personen, die sich in München „auf der Straße“ aufhalten und in den Sommermonaten zeitweilig draußen übernachten, erhöht. Mit dieser Folge der EU-Erweiterung sind alle Großstädte Deutschlands/Europas konfrontiert.

Von November bis März können obdachlose Zuwanderer im Kälteschutzprogramm der Landeshauptstadt München übernachten.

Frage 5:

Da die bisherigen Maßnahmen erkennbar nicht ausreichend waren: welche Maßnahmen wird die Stadt ergreifen, um das Nächtigen, die Verschmutzung und Lärmbelästigung zu beenden?

Antwort:

Wie bereits in den vorangegangenen Antworten dargestellt, sind alle beteiligten/betroffenen Stellen und städtischen Referate bemüht, die Situation um die Glyptothek zu verbessern. Das Baureferat/Gartenbau hat die Anzahl der Abfallbehälter und den Reinigungsturnus erhöht und wird diesen weiterhin bedarfsgerecht anpassen. Die Polizei wird den Platz regelmäßig bestreifen und besonders im Blick behalten. Der Direktor der Glyptothek hat bereits Maßnahmen (siehe oben) ergriffen und die Streetworker werden den Platz weiterhin regelmäßig begehen und die obdachlosen Personen



informieren, beraten und in Hilfeangebote vermitteln. Vor dem nächsten Frühjahr/Sommer wird geprüft, ob das Allparteiliche Konfliktmanagement (AKIM) im Bereich des Königsplatzes/Glyptothek tätig wird.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 15. November 2016

Vorgänge bei den Münchner Kammerspielen aufklären

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Kristina Frank, Ulrike Grimm, Marian Offman, Richard Quaas und Walter Zöllner (CSU-Fraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.csu-rathaus-muenchen.com

14.11.2016

Antrag zur dringlichen Behandlung für den Kulturausschuss am 24.11.2016

Vorgänge bei den Münchner Kammerspielen aufklären

Dem Stadtrat wird berichtet, wie sich die Situation bei den Münchner Kammerspielen darstellt. Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, wie sich die Besucherzahlen, die Abonnentenzahlen und die Finanzen entwickelt haben. Zudem soll zu den Hintergründen der jüngsten Kündigungen von Brigitte Hobmeier, Katja Bürkle und Anna Drexler, der Altersstruktur des Ensembles und der Ausrichtung der Kammerspiele Stellung genommen werden.

Begründung:

Die Münchner Kammerspiele sind jüngst durch verschiedene Vorgänge stark in die mediale Öffentlichkeit geraten. Die Kritik an der Intendanz wird von verschiedenen Medien durch unterschiedlichste Information belegt. Dazu zählen einzelne Kündigungen bekannter Schauspielerinnen, die Entwicklung der Besucherzahlen, der Abonnements, mithin der Finanzen und der künstlerischen Ausrichtung des Theaters. Der Kulturausschuss hat als Werkausschuss ein vitales Interesse an der zügigen Aufklärung des Sachverhaltes, bevor durch kritische Berichterstattung etwaiger Schaden für den Ruf des Hauses entsteht.

Richard Quaas, Stadtrat

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Marian Offman, Stadtrat

Walter Zöller, Stadtrat

Ulrike Grimm, Stadträtin

Kristina Frank, Stadträtin

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 15. November 2016

Ein Sonntag für die Tierpaten

Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Pressemitteilung

Ein Sonntag für die Tierpaten

Am vergangenen Sonntag lud der Tierpark Hellabrunn alle Tierpaten zum jährlichen Patentag ein. Neben einer Tierrallye gab es für die Paten einen interessanten Einblick in die Arbeit der Tierpfleger sowie eine exklusive Führung durch das neue Elefantenhaus.

Aktuell unterstützen über 250 tierische Paten den Münchner Tierpark bei der artgerechten Haltung der Tiere. Als Dankeschön dafür werden die Paten jedes Jahr zu einem besonderen Aktionstag eingeladen. Dieses Jahr konnten sich die Unterstützer auf Infogespräche mit Tierpflegern bei fünf verschiedenen Tieren, eine Rallye mit tollen Preisen und eine exklusive Führung durch das neue Elefantenhaus freuen. Außerdem konnten sich alle Paten kreativ betätigen: Auf einer großen Wand wurde von ihnen das geplante Mühlendorf farbenfroh gezeichnet und gestaltet.

Mit einer Patenschaft im Tierpark Hellabrunn zeigen die Paten nicht nur ihre besondere Verbundenheit zu einem Tier oder einer Tierart, sondern sie unterstützen auch die artgerechte und naturnahe Haltung der Tiere. „Durch das Engagement der Paten wird sowohl die Pflege und Versorgung der Tiere im Tierpark unterstützt, als auch der Artenschutz für bedrohte Tiere in ihrem natürlichen Lebensraum.“, erklärt Zoodirektor Rasem Baban. „Viele nutzen unsere Tierpatenschaften auch als besonderes Geschenk. Wer kann schon sagen, dass sein ‚Patenkind‘ ein Stumpfkrokodil oder ein Silbergibbon ist“, so Baban schmunzelnd.

Zurzeit können Paten im Rahmen einer exklusiven Patenschaft beispielsweise die Orang-Utans, Gibbons, Königspinguine, Stumpfkrokodile, Mähnenrobben oder den sibirischen Tiger Jegor unterstützen. Zudem gibt es zahlreiche weitere Tiere wie Vögel, kleinere Nagetiere oder Fische, die sich ebenfalls über einen Paten freuen.

Eine Patenschaft in Hellabrunn ist bereits ab 99 € pro Jahr möglich. Weitere Details zum Patentangebot erhalten Interessierte in den Service-Centern und auf unserer Webseite unter www.hellabrunn.de/tierpatenschaften/

München, 14.11. 2015 / 61

Weitere Informationen:

Lisa Reininger
Pressereferentin
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 62508-718
Fax: +49(0)89 62508-52
E-Mail: presse@hellabrunn.de
Website: www.hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Christine Strobl, 3. Bürgermeisterin
Vorstand:
Rasem Baban
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751